



Hochschule für den
öffentlichen Dienst
in Bayern

Fachbereich
Rechtspflege

STUDIENPLAN für das duale Studium Rechtspfleger- dienst

**nach § 6 Ausbildungsordnung Justiz – ZAPO-J
vom 16.06.2016**

2025/2026

Inhaltsverzeichnis

VORBEMERKUNG.....	3
I. REIHENFOLGE UND DAUER DER STUDIENABSCHNITTE	3
II. BERUFSPRAKTISCHE STUDIENABSCHNITTE.....	4
1. PRAKTISCHE EINFÜHRUNG	4
2. FACHPRAKTIKUM I.....	4
3. FACHPRAKTIKUM II.....	5
III. FACHTHEORETISCHE STUDIENABSCHNITTE.....	5
FACHSTUDIUM I	6
FACHSTUDIUM II	71
LEISTUNGSKONTROLLEN WÄHREND DER FACHSTUDIEN I UND II	165
ANLAGEN	166

Vorbemerkung

Der Studienplan für das duale Studium Rechtspflegerdienst enthält die verbindliche Festlegung

- der Anzahl, der Reihenfolge, der Dauer und der Inhalte der Studienabschnitte,
- der Dauer der Ausbildungsstationen in den berufspraktischen Studienabschnitten (Fachpraktika) und
- der Stundenanzahl der Lehrveranstaltungen sowie
- der Anzahl und der Arbeitszeit der Klausuren und sonstigen Leistungskontrollen.

I. Reihenfolge und Dauer der Studienabschnitte

Studienabschnitt	Dauer
Praktische Einführung	1 Woche (mindestens vier, maximal sechs Arbeitstage)
Fachstudium I	9 Monate und 1 Woche
Fachpraktikum I	6 1/2 Monate
Fachstudium II	11 Monate
Fachpraktikum II	9 Monate

Entsprechend der konkreten Verteilung der Arbeitstage über das jeweilige Kalenderjahr können sich geringfügige Veränderungen ergeben.

II. Berufspraktische Studienabschnitte

Die berufspraktischen Studienabschnitte dienen der Umsetzung, Erweiterung und Ergänzung der in den fachtheoretischen Studienabschnitten erworbenen Kenntnisse.

Die Anwärter sollen die Fähigkeit und die Sicherheit zur praktischen Berufsausübung entwickeln.

Die berufspraktischen Studienabschnitte teilen sich auf in die Ausbildung am Arbeitsplatz und den Begleitunterricht.

Der Begleitunterricht soll dazu beitragen, die theoretischen Kenntnisse in die praktische Anwendung umzusetzen, und vor allem die Ausbildung am Arbeitsplatz ergänzen. Der Begleitunterricht soll bereits erlerntes Wissen vertiefen und über bedeutsame Gesetzesänderungen während der praktischen Ausbildung informieren.

1. Praktische Einführung

Die Anwärter sollen hierbei die Tätigkeit des Rechtspflegers am Arbeitsplatz miterleben und vom Ausbilder Kurzinformationen über seine Aufgaben bekommen.

Die inhaltliche Ausgestaltung des berufspraktischen Studienabschnitts „Praktische Einführung“ ist dem JMS vom 2. Dezember 2009, Gz. 2321-PA-614/99 in der jeweils geltenden Fassung zu entnehmen (*Anlage 1*).

2. Fachpraktikum I

Die Anwärter sollen unter Anwendung der im ersten fachtheoretischen Studienabschnitt (Fachstudium I) erworbenen Kenntnisse die Fähigkeit und die Sicherheit zur praktischen Berufsausübung entwickeln.

Die inhaltliche Ausgestaltung des berufspraktischen Studienabschnitts „Fachpraktikum I“ ist dem JMS vom 2. Dezember 2009, Gz. 2321-PA-614/99 in der jeweils geltenden Fassung zu entnehmen (*Anlage 2*).

3. Fachpraktikum II

Die Anwärter sollen unter Anwendung der im zweiten fachtheoretischen Studienabschnitt (Fachstudium II) erworbenen Kenntnisse die Fähigkeit und die Sicherheit zur praktischen Berufsausübung entwickeln.

Die inhaltliche Ausgestaltung des berufspraktischen Studienabschnitts „Fachpraktikum II“ ist dem JMS vom 2. Dezember 2009, Gz. 2321-PA-614/99 in der jeweils geltenden Fassung zu nehmen (Anlage 3).

III. Fachtheoretische Studienabschnitte

Der Unterricht im ersten und zweiten fachtheoretischen Studienabschnitt (Fachstudium I und II) setzt sich aus Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften zusammen. Die Vorlesungen dienen zur Vermittlung des in diesem Studienplan aufgeführten Lehrstoffs; die Arbeitsgemeinschaften vertiefen mit komplexeren Fällen diese Lehrinhalte und bereiten auf die schriftlichen Leistungsnachweise vor.

Zusätzlich finden Besprechungen von schriftlichen Leistungsnachweisen statt.

Die genaue datumsmaige Festlegung der einzelnen fachtheoretischen Studienabschnitte und der Urlaubsunterbrechung ist dem jährlichen Personen- und Vorlesungsverzeichnis des Fachbereichs Rechtspflege zu entnehmen.

**ERSTER
FACHTHEORETISCHER
STUDIENABSCHNITT**

Fachstudium I

Bürgerliches Recht – Allgemeiner Teil

Bürgerliches Recht – Allgemeiner Teil Rechtsgeschäfte und Willenserklärungen Lehrveranstaltungsstunden: 28

1	Einführung
2	Rechtsgeschäft
2.1	Rechtsgeschäft, Vertrag, Willenserklärung
2.2	Gefälligkeitsverhältnis und Realakt
2.3	Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte
3	Willenserklärung
3.1	Elemente der Willenserklärung
3.2	Abgabe und Zugang von Willenserklärungen
3.3	Auslegung
3.4	Schweigen
4	Geschäftsfähigkeit
4.1	Überblick
4.2	Geschäftsunfähigkeit
4.3	Beschränkte Geschäftsfähigkeit
4.3.1	Voraussetzungen
4.3.2	Zustimmungsfreie Rechtsgeschäfte
4.3.3	Zustimmungsbedürftige Verträge
4.3.4	Einseitige Rechtsgeschäfte
4.3.5	Teilgeschäftsfähigkeit
5	Form von Rechtsgeschäften und der Formmangel
5.1	Gesetzliche und gewillkürte Formerfordernisse
5.2	Folgen des Formmangels
6	Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte
7	Fristen und Termine
8	Verjährung

Bürgerliches Recht – Allgemeiner Teil Entstehung des Primäranspruchs Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Rechtsfähigkeit
1.1	Natürliche und juristische Personen
1.2	Beginn und Ende der Rechtsfähigkeit beim Menschen

2	Wohnsitz
----------	-----------------

3	Persönlichkeitsrechte
3.1	Namensrecht
3.2	Recht am eigenen Bild
3.3	Allgemeines Persönlichkeitsrecht

4	Vertrag
4.1	Vertragsschluss
4.2	Einigungsmangel (Dissens)

5	Fehlerhafte und unwirksame Rechtsgeschäfte
5.1	Allgemeines
5.2	Willensmängel
5.2.1	Bewusstes Abweichen von Wille und Erklärung
5.2.1.1	Geheimer Vorbehalt
5.2.1.2	Scherzgeschäft
5.2.1.3	Scheingeschäft
5.2.2	Anfechtung
5.2.2.1	Überblick
5.2.2.2	Inhalts- und Erklärungsirrtum
5.2.2.3	Übermittlungsirrtum
5.2.2.4	Eigenschaftsirrtum
5.2.2.5	Arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung
5.2.2.6	Durchführung der Anfechtung
5.2.2.7	Rechtsfolgen der Anfechtung
5.3	Verbotene Rechtsgeschäfte
5.3.1	Gesetzliche Verbote
5.3.2	Behördliche und rechtsgeschäftliche Verbote
5.3.3	Sittenwidrigkeit und Wucher
5.4	Teilnichtigkeit, Umdeutung und Bestätigung

Bürgerliches Recht – Allgemeiner Teil Stellvertretungsrecht Lehrveranstaltungsstunden: 16
--

1	Stellvertretung
1.2	Allgemeines
1.3	Voraussetzungen wirksamer Stellvertretung
1.3.1	Eigene Willenserklärung des Vertreters
1.3.2	Handeln im Namen des Vertretenen
1.3.3	Vertretungsmacht: Arten, Erteilung und Umfang der Vollmacht, Grundgeschäft, Anfechtung der Vollmacht, Schutz des guten Glaubens an das Bestehen einer Vollmacht
1.3.4	Vertretungsverbot des § 181 BGB
1.4	Wirkungen der Stellvertretung
1.5	Vertretung ohne Vertretungsmacht
1.6	Untervertretung und Gesamtvertretung

2	Befristete und bedingte Rechtsgeschäfte
2.2	Allgemeines
2.3	Schutz des bedingt Berechtigten

Bürgerliches Recht – Schuldrecht

Schuldrecht – Allgemeiner Teil Erlöschen des Primäranspruchs Lehrveranstaltungsstunden: 22

1	Übersicht und Allgemeines
2	Pflichten aus dem Schuldverhältnis
3	Typische, atypische und gemischte Verträge
4	Leistungsmodalitäten
4.1	Teilleistungen
4.2	Gattungs- und Stückschuld
4.3	Leistungsort und die Besonderheiten bei Geldschulden
4.4	Konkretisierung
4.5	Leistungszeit
5	Erlöschen von Ansprüchen; Erfüllung
6	Erfüllungssurrogate und andere Erlöschenstatbestände
6.1	Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf
6.2	Aufrechnung
6.3	Erläss, Aufhebungsverkauf und Konfusion
6.4	Vertraglicher Rücktritt
7	Leistungsverweigerungsrechte
7.1	Einrede des nichterfüllten Vertrages
7.2	Einrede des Zurückbehaltungsrechts
8	Der Grundsatz von Treu und Glauben und die Bedeutung der Generalklausel
9	Die Störung der Geschäftsgrundlage

Schuldrecht – Allgemeiner Teil Personenmehrheiten und -auswechslungen Lehrveranstaltungsstunden: 15
--

1	Forderungsabtretung
1.1	Überblick
1.2	Voraussetzungen, Wirkungen und Ausschluss
1.3	Übergang der Neben- und Vorzugsrechte
1.4	Schuldnerschutzbestimmungen
1.5	Gesetzlicher Forderungsübergang und Übertragung anderer Rechte

2	Schuld-, Erfüllungs- und Vertragsübernahme
2.1	Überblick
2.2	Befreiende Schuldübernahme
2.3	Abgrenzung zu Schuldbeitritt und Bürgschaft
2.4	Erfüllungsübernahme
2.5	Vertragsübernahme

3	Mehrheit von Schuldner und Gläubigern
3.1	Arten
3.2	Mehrheiten auf der Gläubigerseite
3.2.1	Teilgläubiger
3.2.2	Gemeinschaftliche Gläubiger
3.2.3	Gesamthand als Gläubiger
3.2.4	Nach Bruchteilen berechnete Gläubiger
3.2.5	Gesamtgläubiger
3.3	Mehrheiten auf der Schuldnerseite
3.3.1	Teilschuldner
3.3.2	Gemeinschaftliche Schuldner wegen unteilbarer Leistung
3.3.3	Gesamthand als Schuldner
3.3.4	Gesamtschuld

Schuldrecht – Allgemeiner Teil Allgemeines Leistungsstörungenrecht Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Einführung in das Leistungsstörungenrecht
2	Schadensersatz wegen Nichterfüllung
2.1	Grundhaftungstatbestand
2.2	Schadensersatz wegen Pflichtverletzung
2.3	Verzug mit der Leistungspflicht
2.4	Schadensersatz statt der Leistung
2.5	Schutzpflichtverletzung
2.6	Nachträgliche Unmöglichkeit
2.7	Anfängliche Unmöglichkeit
3	Ersatz vergeblicher Aufwendungen
4	Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes
5	Rücktritt und Ausschluss der Gegenleistungspflicht
5.1	Mangelhafte oder verzögerte Erfüllung
5.2	Unzumutbarkeit und Unmöglichkeit
6	Beteiligung dritter Personen am Schuldverhältnis
6.1	Vertrag zu Gunsten Dritter
6.2	Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte
6.3	Drittschadensliquidation

Schuldrecht – Besonderer Teil Leistungsstörungen im Vertragsrecht Lehrveranstaltungsstunden: 25
--

1	Kaufvertrag
1.1	Zustandekommen und Rechtsfolgen
1.2	Haupt- und Nebenleistungspflichten
1.3	Allgemeine Leistungsstörungen
1.4	Mängelgewährleistung
1.4.1	Rechte des Käufers bei Mängeln
1.4.2	Konkurrenzverhältnis der Gewährleistungsansprüche
1.4.3	Ausschluss der Gewährleistungsansprüche
1.4.4	Einzelheiten zum Thema Gewährleistung, Garantie, Verjährung
1.4.5	Verjährung der Mängelansprüche
1.5	Besondere Art des Kaufs (Überblick)

2	Hinweis auf Allgemeine Geschäftsbedingungen
----------	--

3	Schenkungsvertrag
3.1	Voraussetzungen
3.2	Rechtsfolgen
3.3	Rückgabepflicht des Beschenkten
3.4	Besondere Formen der Schenkung

4	Mehrheit von Schuldern und Gläubigern
4.1	Zustandekommen des Mietvertrags
4.2	Pflichten des Vermieters
4.3	Pflichten des Mieters
4.4	Rechte des Vermieters bei Pflichtverletzungen des Mieters
4.5	Gewährleistungsansprüche des Mieters
4.6	Beendigung des Mietverhältnisses

Schuldrecht – Besonderer Teil Gesetzliche Schuldverhältnisse Teil I Lehrveranstaltungsstunden: 10
--

1	Allgemeines
2	Grundstruktur und Aufbauschema zu § 823 Abs. 1 BGB
3	Geschützte Rechte bzw. Rechtsgüter
4	Kausalität
5	Verwirklichung des Tatbestandes durch Unterlassen
5.1	Grundstruktur und Aufbauschema
5.2	Verkehrssicherungspflicht
6	Rechtswidrigkeit
6.1	Allgemeine Grundsätze
6.2	Ärztlicher Heileingriff
7	Verantwortlichkeit
8	Weitere Tatbestände der Verschuldenshaftung
8.1	Schutzgesetzverletzung nach § 823 Abs. 2 BGB
8.2	Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung nach § 826 BGB
9	Haftung für vermutetes Verschulden
9.1	Allgemeines
9.2	Haftung des Geschäftsherrn nach § 831 BGB
9.3	Haftung für Aufsichtspflichten nach § 832 BGB
9.4	Haftung des Nutztierhalters nach § 833 S. 2 BGB
9.5	Haftung des Tieraufsehers nach § 834 BGB
10	Staatshaftung nach Art. 34 GG i.V.m. § 839 BGB
10.1	Allgemeines
10.2	Haftung für hoheitliches Handeln
10.3	Haftung für fiskalisches Handeln

11	Beteiligung mehrerer Personen
12	Verjährungsfragen
13	Haftung nach dem Straßenverkehrsgesetz
14	Rechtsfolgen des Schadensersatzanspruchs nach den §§ 249 bis 253 BGB
14.1	Immaterielle Schäden
14.2	Art und Umfang des materiellen Schadensersatzes
15	Mitverschulden nach § 254 BGB

Bürgerliches Recht – Mobiliarsachenrecht

Mobiliarsachenrecht Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Allgemeines
1.1	Grundsätze des Sachenrechts
1.2	Wesen, Begriff und Gliederung des Sachenrechts

2	Besitz
2.1	Besitz, Erwerb, Wechsel und Beendigung
2.2	Besitzarten
2.2.1	Unmittelbarer und mittelbarer Besitz
2.2.2	Allein- und Mitbesitz
2.2.3	Voll- und Teilbesitz
2.2.4	Eigen- und Fremdbesitz
2.3	Besitzdiener
2.4	Besitzschutz

3	Rechtsgeschäftlicher Eigentumserwerb
3.1	Erwerbsmöglichkeiten vom Berechtigten
3.2	Übertragung des Eigentums durch Stellvertreter
3.3	Möglichkeiten des Erwerbs vom Nichtberechtigten
3.4	Mängel in der Verfügungsbefugnis
3.5	Rechte Dritter

4	Eigentumserwerb kraft Gesetzes
4.1	Ersitzung
4.2	Verbindung, Vermischung, Verarbeitung
4.3	Eigentum an Schuldurkunden
4.4	Aneignung
4.5	Fund

5	Ansprüche aus dem Eigentum
5.1	Herausgabeanspruch nach den §§ 985, 986 BGB
5.2	Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch nach § 1004 BGB

6	Einblick in das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis
----------	---

7	Miteigentum und Gesamthandseigentum
Bürgerliches Recht – Immobiliarsachenrecht	

Immobiliarsachenrecht Verfügungen über unbewegliche Sachen Lehrveranstaltungsstunden: 24
--

1	Grundbegriffe des Sachenrechts
1.1	Sachen
1.2	Bestandteile
1.3	Zubehör
1.4	Früchte und Nutzungen

2	Grundsätze des Sachenrechts
2.1	Absolutheit der Sachenrechte
2.2	Numerus clausus der Sachenrechte
2.3	Publizitätsprinzip
2.4	Bestimmtheitsgrundsatz
2.5	Grundsätze des dinglichen Rechtsgeschäfts
2.6	Materielles und formelles Grundstücksrecht

3	Rechtsgeschäftlicher Erwerb von Grundstücksrechten nach den §§ 873, 874 BGB
3.1	Anwendungsbereich
3.2	Einigung und Grundbucheintragung als Doppeltatbestand
3.3	Einigung
3.3.1	Dinglicher Vertrag
3.3.2	Abstraktionsprinzip
3.3.3	Form
3.3.4	Bedingung und Befristung
3.3.5	Bindung nach § 873 Abs. 2 BGB
3.4	Grundbucheintragung
3.4.1	Definition
3.4.2	Unmittelbare Eintragung
3.4.3	Mittelbare Eintragung nach § 874 BGB
3.5	Zusammenspiel von Einigung und Eintragung
3.5.1	Zeitliche Reihenfolge
3.5.2	Inhaltliche Deckung
3.5.3	Tod oder Geschäftsunfähigkeit eines Beteiligten

4	Übertragung von Eigentum an Grundstücken nach § 925 BGB
4.1	Begriff der „Auflassung“
4.2	Form
4.2.1	Erklärung
4.2.2	Zuständige Stelle
4.2.3	Gleichzeitige Anwendung beider Teile
4.3	Verbot der Befristung und Bedingung
4.4	Gegenstand der Auflassung
4.4.1	Grundstück
4.4.2	Grundstücksteil

5	Verfügungen und Mängel der Verfügungsberechtigung
5.1	Begriffsbestimmungen
5.2	Fehlen der Eigentümerstellung (Rechtsinhaberschaft)
5.2.1	Verfügung eines Nichtberechtigten nach § 185 BGB
5.2.2	Gutgläubiger Erwerb nach den §§ 891 – 893 BGB
5.2.2.1	Zweck
5.2.2.2	Vermutung für die Richtigkeit des Grundbuchs
5.2.2.3	Voraussetzungen des gutgläubigen Erwerbs
5.2.2.4	Wirkungen des Gutglaubensschutzes
5.3	Mängel der Verfügungsbefugnis
5.3.1	Übersicht
5.3.2	Verfügung trotz Verfügungsentziehung und -verbot
5.3.3	Absolute Verfügungsbeschränkungen

6	Aufhebung von Grundstücksrechten nach den §§ 875, 876 BGB
6.1	Begriff
6.2	Voraussetzungen
6.2.1	Aufgabeerklärung
6.2.2	Löschung im Grundbuch
6.2.3	Zustimmung eines Dritten
6.2.4	Zustimmung des Grundstückseigentümers

7	Inhaltsänderung von Grundstücksrechten nach § 877 BGB
7.1	Begriff
7.2	Voraussetzungen
7.2.1	Einigung
7.2.2	Grundbucheintragung
7.2.3	Zustimmung eines Dritten
7.2.4	Zustimmung der im Rang Gleich- oder Nachstehenden

8	Grundbuchberichtigung
8.1	Grundbuchunrichtigkeit nach § 894 BGB
8.2	Möglichkeiten der Grundbuchberichtigung
8.2.1	Urkundennachweis der Grundbuchunrichtigkeit nach § 22 GBO
8.2.2	Berichtigungsbewilligung des Betroffenen nach § 19 GBO
8.2.2.1	Dinglicher Berichtigungsanspruch nach § 894 BGB
8.2.2.2	Schuldrechtlicher Berichtigungsanspruch nach § 812 BGB

9	Widerspruch nach § 899 BGB
9.1	Zweck
9.2	Begriff
9.3	Materielle Entstehungsvoraussetzungen
9.4	Formelle Entstehungsvoraussetzungen
9.5	Wirkungen

Immobiliarsachenrecht Vormerkungen und Rang Lehrveranstaltungsstunden: 18
--

1	Vormerkung
1.1	Wirtschaftliche Bedeutung und Rechtsnatur
1.2	Entstehen nach §§ 883, 885 BGB
1.3	Akzessorietät vom gesicherten Anspruch
1.4	Vormerkungsfähige Ansprüche
1.5	Übertragung und Erlöschen des Anspruchs
1.6	Entsprechende Anwendbarkeit von § 878 BGB
1.7	Gutgläubiger Erwerb
1.8	Vormerkungswirkungen
1.9	Verhältnis zu anderen Sicherungsmitteln

2	Rangrecht
2.1	Bedeutung des Ranges
2.2	Gesetzliche Rangordnung nach § 879 BGB
2.2.1	Zeit- und Reihenfolgeprinzip mit verfahrensrechtlichen Regelungen
2.2.2	Rechtsgeschäftliche Bestimmungen
2.2.3	Folgen von Verfahrensfehlern
2.3	Nachträgliche Rangänderungen
2.3.1	Voraussetzungen
2.3.2	Auswirkungen
2.3.3	Besonderheiten (u.a. §§ 1176, 1150, 268 BGB)
2.4	Rangvorbehalt nach § 881 BGB
2.5	Relativer Rang

Immobiliarsachenrecht Beschränkte dingliche Rechte Lehrveranstaltungsstunden: 22

1	Einleitung und Vorbemerkungen
2	Grunddienstbarkeit
2.1	Begriff
2.2	Entstehung
2.3	Belastungsgegenstand
2.4	Berechtigter
2.5	Inhalt
2.5.1	Benutzungsdienstbarkeit
2.5.2	Unterlassungsdienstbarkeit
2.5.3	Ausschlussdienstbarkeit
2.6	Vorteil für herrschendes Grundstück
2.7	Inhaltsänderung/keine Übertragung
2.8	Rechte und Pflichten der Berechtigten
2.9	Schutz des Berechtigten
2.10	Beschränkung des Ausübungsrechts auf eine Teilfläche
2.11	Verfügung über herrschendes und dienendes Grundstück
2.11.1	Teilung des herrschenden Grundstücks
2.11.2	Teilung des dienenden Grundstücks
2.12	Herschvermerk
2.13	Aufhebung und Erlöschen
2.14	Grundbuchrechtliche Besonderheiten bei Bewilligung und Eintragung
2.15	Hinweis auf altrechtliche Dienstbarkeiten

3	Beschränkt persönliche Dienstbarkeit
3.1	Gemeinsamkeiten mit der Grunddienstbarkeit
3.2	Berechtigter
3.3	Besonderer Inhalt
3.3.1	Wettbewerbsverbot
3.3.2	Wettbewerbsbeschränkungen
3.3.3	Erläuterungen
3.4	Übertragung und Überlassung der Ausübung
3.5	Aufhebung und Erlöschen
3.6	Sonderfall: Wohnungsrecht - Mietsicherungsdienstbarkeit
3.6.1	Rechtsnatur
3.6.2	Materielle Besonderheiten
3.6.3	Grundbuchrechtliche Besonderheiten

4	Nießbrauch
4.1	Wesen
4.1.1	Begriff
4.1.2	Abgrenzung zu den übrigen Dienstbarkeiten
4.1.3	Erscheinungsformen
4.2	Entstehung
4.3	Belastungsgegenstand
4.4	Berechtigter
4.5	Rechte und Pflichten der Beteiligten
4.6	Schutz des Berechtigten
4.7	Übertragung, Vererbung und Überlassung
4.8	Aufhebung und Erlöschen

5	Vorkaufsrecht
5.1	Begriff und Wesen
5.2	Arten
5.3	Abgrenzung zum An- und Wiederkaufsrecht
5.4	Entstehung
5.5	Belastungsgegenstand
5.6	Berechtigter
5.7	Inhalt und Übertragung
5.8	Ausübung des Vorkaufsrechts und Rechtsfolgen
5.9	Wirkungen gegenüber Dritten
5.10	Aufhebung und Erlöschen

6	Reallast
6.1	Wesen
6.1.1	Begriff

6.1.2	Anwendungsgebiete
6.1.3	Entstehung
6.2	Belastungsgegenstand
6.3	Berechtigter
6.4	Inhalt
6.4.1	Wiederkehrende Leistungen/aktives Tun
6.4.2	Umfang
6.4.3	Sonderfall Wertsicherungsklauseln
6.4.4	Unterscheidung Stammrecht – Einzelleistungen -persönliche Haftung
6.5	Übertragung
6.6	Aufhebung und Erlöschen
6.7	Besonderheiten der subjektiv-dinglichen Reallast

7	Leibgeding
7.1	Begriff
7.2	Inhalt
7.3	Entstehung
7.4	Grundbuchrechtliche Besonderheiten

Bürgerliches Recht – Sicherungsgeschäfte

Sicherungsgeschäfte Hypothekenrecht - Grundsätze Lehrveranstaltungsstunden: 30

1	Allgemeines
1.1	Arten der Kreditsicherung
1.2	Grundbegriffe des Sicherungsgeschäfts
1.3	Die Bedeutung der Grundpfandrechte
1.4	Arten von Grundpfandrechten
1.4.1	Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld
1.4.2	Brief- und Buchrecht
1.4.3	Einzel- und Gesamtrecht

2	Hypothek
2.1	Verkehrs- und Sicherungshypothek
2.1.1	Verkehrshypothek nach den §§ 1113 - 1183 BGB
2.1.2	Sicherungshypothek nach den §§ 1184 - 1190 BGB
2.2	Begründung der Verkehrshypothek
2.2.1	Übersicht
2.2.2	Einigung
2.2.3	Eintragung
2.2.4	Briefübergabe
2.2.5	Bestehen der zu sichernden Forderung
2.2.6	Berechtigung und Befugnis
2.3	Begründung der Sicherungshypothek
2.3.1	Einigung
2.3.2	Eintragung
2.3.3	Bestehen der Forderung und Verfügungsberechtigung sowie Befugnis
2.4	Entstehen der Eigentümergrundschuld
2.5	Gegenstand der Haftung
2.5.1	Hypothekenhaftungsverband
2.5.2	Enthftung
2.6	Veränderungen
2.6.1	Inhaltsänderungen kraft Rechtsgeschäft
2.6.2	Verzicht
2.6.3	Übertragung der Verkehrshypothek durch den Berechtigten

2.6.4	Übertragung der Verkehrshypothek durch den Nichtberechtigten
2.6.5	Übertragung der Sicherungshypothek
2.6.6	Übertragung mit öffentlich beglaubigter Abtretung
2.6.7	Übertragung der Hypothek kraft Gesetzes
2.7	Durchsetzung der Hypothek
2.8	Einwendungen und Einreden
2.8.1	Überblick
2.8.2	Hypothek ohne Abtretung
2.8.3	Hypothek mit Abtretung
2.8.4	Sicherungshypothek
2.8.5	Eintragung in das Grundbuch

Sicherungsgeschäfte Gesamthypothek und Grundschuld Lehrveranstaltungsstunden: 14

1	Erlöschen der Hypothek
1.1	Erlöschen als Folge der Zwangsversteigerung
1.2	Aufhebung

2	Gesamthypothek
2.1	Begriff
2.2	Entstehung und Eintragung
2.3	Verteilung
2.4	Übertragung
2.5	Übergang auf Schuldner oder Eigentümer
2.6	Verzicht

3	Grundschuld
3.1	Vergleich zur Hypothek
3.2	Isolierte Grundschuld
3.2.1	Übersicht
3.2.2	Bestellung
3.2.3	Übertragung und Zahlungen auf die Grundschuld
3.3	Sicherungsgrundschuld
3.3.1	Übersicht
3.3.2	Kreditvertrag – Sicherungsvertrag – Grundschuld
3.3.3	Inhalt und typische Abreden des Sicherungsvertrags
3.3.4	Unwirksamkeit des Sicherungsvertrags – fehlende Forderung
3.3.5	Übertragung der Forderung und der Grundschuld
3.3.6	Einwendungen und Einreden
3.3.7	Befriedigung des Gläubigers
3.4	Eigentümergrundschuld
3.4.1	Ursprünglich offene Eigentümergrundschuld
3.4.2	Ursprünglich verdeckte Eigentümergrundschuld
3.4.3	Nachträgliche Eigentümergrundschuld
3.4.4	Besonderheiten der Eigentümergrundschuld

4	Anmerkungen zum Lösungsanspruch und seiner Absicherung
4.1	Zweck des Anspruchs und seiner Sicherung
4.2	Fälle des § 1179 BGB
4.3	Fälle des § 1179a BGB
4.4	Fälle des § 1179b BGB

Bürgerliches Recht – Familienrecht

Familienrecht Verwandtschaft Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Verwandtschaft und Schwägerschaft
2	Abstammung
2.1	Mutterschaft
2.1.1	Begriff
2.1.2	Hinweis auf Fallgruppen aus der Medizin
2.1.3	Rechtsfolgen der Mutterschaftszuordnung
2.2	Vaterschaft
2.2.1	Ehe mit der Mutter
2.2.2	Anerkennung
2.2.3	Gerichtliche Feststellung
2.2.4	Anfechtung
3	Verwandtenunterhalt
3.1	Grundbegriffe
3.2	Voraussetzungen
3.2.1	Verwandtschaft in gerader Linie
3.2.2	Abstrakter Bedarf
3.2.3	Konkrete Bedürftigkeit
3.2.4	Leistungsfähigkeit des Verpflichteten
3.3	Rangfolge
3.3.1	Mehrere Berechtigte
3.3.2	Mehrere Verpflichtete
3.4	Art der Unterhaltsgewährung
3.5	Besonderheiten
3.5.1	Verwirkung der Unterhaltsverpflichtung
3.5.2	Unterhalt für die Vergangenheit
3.5.3	Verzicht auf den Unterhaltsanspruch
3.5.4	Erlöschen der Unterhaltspflicht

4	Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kind
4.1	Vorname und Nachname
4.2	Hinweis auf Staatsangehörigkeit
4.3	Hinweis auf Wohnsitz
4.4	Beistands- und Rücksichtspflicht, Dienstleistung, Ausstattung

5	Elterliche Sorge
5.1	Gegenstand
5.1.1	Personensorge
5.1.2	Vermögenssorge
5.1.3	Gesetzliche Vertretung
5.1.4	Ausschluss und Beschränkung der Vertretungsmacht
5.2	Inhaber und Ausübung der elterlichen Sorge
5.2.1	Gemeinsame elterliche Sorge verheirateter Eltern
5.2.2	Gemeinsame elterliche Sorge nicht verheirateter Eltern
5.2.3	Alleinvertretungsrecht eines Elternteils trotz gemeinsamer Sorge
5.2.4	Fortbestand gemeinsamer Sorge nach Trennung oder Scheidung
5.2.5.	Ausgestaltung gemeinsamer Sorge getrenntlebender Eltern
5.2.6	Entstehung der Alleinsorge eines Elternteils
5.3	Beschränkung und Entziehung der elterlichen Sorge
5.4	Dauer der elterlichen Sorge und Ruhen
5.5	Hinweis auf Verfahren in Grundzügen
5.6	Hinweis auf Beistandschaft

6	Adoption
6.1	Annahme Minderjähriger
6.1.1	Voraussetzungen
6.1.2	Entscheidung des Gerichts
6.1.3	Wirkungen
6.2	Annahme Volljähriger
6.2.1	Voraussetzungen
6.2.2	Wirkungen

Familienrecht Eherecht Lehrveranstaltungsstunden: 21

1	Verlöbnis
1.1	Begriff und Voraussetzungen
1.2	Wirkungen
1.3	Auflösung und Beendigung
1.4	Exkurs: nichteheliche Lebensgemeinschaft

2	Eheschließung
2.1	Voraussetzungen
2.1.1	Ehefähigkeit
2.1.2	Eheverbote
2.1.3	Willensmängel
2.1.4	Einhaltung der Form
2.2	Mängel bei der Eheschließung und ihre Folgen
2.2.1	Nicht-Ehe
2.2.2	Aufhebbare Ehe
2.2.3	Wirksame Ehe

3	Wirkungen der Ehe
3.1	Eheliche Lebensgemeinschaft
3.1.1	Inhalt
3.1.2	Rechtliche Durchsetzbarkeit von Ehepflichten
3.2	Ehename
3.3	Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit
3.4	Geschäfte zur Deckung des angemessenen Lebensbedarfs
3.4.1	Bedeutung
3.4.2	Voraussetzungen
3.5	Unterhaltungspflichten der Ehegatten
3.5.1	Arten
3.5.2	Struktur des auf der Ehe beruhenden Unterhalts
3.5.3	Familienunterhalt
3.5.4	Trennungunterhalt
3.6	Ehewohnungen und Haushaltsgegenstände bei Getrenntlebenden
3.7	Eigentumsvermutung

4	Eheliches Güterrecht
4.1	Abschluss und Inhalt des Ehevertrags
4.2	Zugewinnngemeinschaft
4.2.1	Vermögenstrennung
4.2.2	Verfügungsbeschränkung: Vermögen im Ganzen
4.2.3	Verfügungsbeschränkung: Haushaltsgegenstände
4.2.4	Zugewinnausgleich
4.3	Gütertrennung
4.3.1	Eintritt
4.3.2	Wirkungen
4.3.3	Beendigung
4.4	Gütergemeinschaft
4.4.1	Gesamtgut
4.4.2	Verwaltung des Gesamtguts
4.4.3	Sondergut
4.4.4	Vorbehaltsgut
4.4.5	Schuldenhaftung
4.4.6	Beendigung
4.4.7	Fortgesetzte Gütergemeinschaft

5	Ehescheidung
5.1	Scheidungs Voraussetzungen
5.2	Scheidungsfolgen
5.2.1	Name, elterliche Sorge, Haushalt
5.2.2	Nachehelicher Unterhalt (Hinweis)
5.2.3	Versorgungsausgleich (Hinweis)

6	Eingetragene Lebenspartnerschaft (Hinweis)
----------	---

Bürgerliches Recht – Betreuungs- und Vormundschaftsrecht

Betreuungsrecht Betreuungsrecht und sonstige Pflegschaften Lehrveranstaltungsstunden: 36

1	Betreuungsrecht
1.1	Voraussetzungen und Umfang der Betreuerbestellung
1.2	Person des Betreuers
1.2.1	Grundsätze
1.2.2	Betreuung durch Vereine oder Behörden nach § 1818 BGB
1.2.3	Betreuungsorganisationsgesetz (Hinweis)
1.2.4	Mehrere Betreuer
1.2.5	Befreite Betreuer
1.3	Verfahren zur Betreuerbestellung
1.4	Stellung des Betreuten, Einwilligungsvorbehalt
1.5	Stellung des Betreuers
1.5.1	Pflichten des Betreuers
1.5.2	Vertretungsrecht des Betreuers nach § 1823 BGB
1.5.3	Vertretungsausschlüsse nach § 1824 BGB
1.5.4	Schenkungen aus dem Vermögen des Betreuten
1.6	Besondere Genehmigungstatbestände des Betreuungsrechts
1.6.1	Faktische Aufgabe von selbst genutztem Wohnraum des Betreuten, § 1833 BGB
1.6.2	Verträge über wiederkehrende Leistungen, § 1853 BGB
1.6.3	Heilbehandlung und Untersuchungen des Betreuten
1.6.4	Einwilligung des Betreuers in eine Sterilisation
1.6.5	Unterbringung, ärztliche Zwangsmaßnahmen und unterbringungsähnliche Maßnahmen
1.7	Entlassung des Betreuers
1.8	Bestellung eines neuen Betreuers nach § 1869 BGB
1.9	Aufhebung oder Abänderung der Betreuung oder eines Einwilligungsvorbehalts nach § 1871 BGB und Verlängerung der Betreuung
1.10	Überblick über psychische Krankheitsbilder
1.11	Grundzüge des Sozialrechts mit Bezügen zum Betreuungsrecht

2	Sonstige Pflegschaften. §§ 1882 ff BGB
2.1	Grundsätzliches
2.2	Arten von Pflegschaften
2.2.1	Abwesenheitspflegschaft
2.2.2	Pflegschaft für unbekannte Beteiligte
2.2.3	Pflegschaft für gesammeltes Vermögen

Betreuungs- und Vormundschaftsrecht
Vermögensverwaltung durch den Betreuer und Vormund
Lehrveranstaltungsstunden: 14

1	Vermögensverwaltung
1.1	Grundsätze und Pflichten des Betreuers/Vormunds in Vermögensangelegenheiten
1.2	Vermögensverzeichnis
1.3	Rechnungslegung
1.4	Grundsätzliches
1.5	Art der Rechnungslegung
1.6	Prüfung der Rechnungslegung durch das Betreuungs-/Familiengericht
1.7	Trennungsgebot/Verwendungsverbot
1.8	Schenkungsverbot
1.9	Verwaltung bei Erbschaft und Schenkung
1.10	Anlegung von Geld des Betreuten/des Mündels
1.11	Verfügungsgeld und bargeldloser Zahlungsverkehr
1.12	Anlagegeld
1.13	Anlagegenehmigung
1.14	Depotverwahrung und Hinterlegung von Wertpapieren/Wertgegenständen
1.15	Sperrvereinbarungen

2	Beratung und Aufsicht durch das Betreuungs-/Familiengericht
2.1	Beratung und Verpflichtung
2.2	Aufsicht des Betreuungs-/Familiengerichts
2.2.1	Aufsichtspflicht
2.2.2	Einschreiten gegen Pflichtwidrigkeiten
2.2.3	Anhörungspflichten
2.2.4	Entzug von Teilbereichen der Sorge
2.2.5	Entlassung aus dem Amt
2.3	Einstweilige Maßregeln des Betreuungs-/Familiengerichts
2.4	Ersetzung durch ehrenamtlichen Betreuer/Vormund

3	Haftung des Betreuers/Vormunds
3.1	Haftung gegenüber dem Betreuten/Mündel
3.2	Haftung gegenüber Dritten
3.2.1	bei rechtsgeschäftlichem Verhalten
3.2.2	bei Aufsichtspflichtverletzung

4	Befreite Betreuung/Vormundschaft
4.1	Gesetzliche Befreiung
4.2	Befreiungen auf Anordnung des Gerichts
4.3	Befreiung durch Drittzuwender
4.4	Befreiung des benannten Vormunds durch die Eltern

5	Beendigung der Betreuung/Vormundschaft und des Amtes des Betreuers/Vormunds
5.1	Rückgabe des Betreuerausweises/der Bestallung
5.2	Fortführung der Geschäfte
5.3	Vermögensherausgabe und Rechenschaftslegung

Betreuungs- und Vormundschaftsrecht Gesetzliche Genehmigungen Lehrveranstaltungsstunden: 26
--

1	Funktion und Inhalt
1.1	Funktion
1.2	Bedeutung der Außengenehmigung
1.3	Begriff
1.4	Inhalt

2	Voraussetzungen und Wirksamkeit der Genehmigungserteilung
2.1	Genehmigung von Verträgen
2.2	Vorgenehmigung bei einseitigen Rechtsgeschäften
2.3	Bekanntgabe und Wirksamwerden der Genehmigung

3	Verfahren zur Erlangung einer Genehmigung
----------	--

4	Rechtsmittel im Genehmigungsverfahren
4.1	Keine Abänderung rechtskräftiger gerichtlicher Genehmigungen
4.2	Beschwerde

5	Einzelne Genehmigungstatbestände
5.1	Genehmigung nach § 1849 BGB
5.2	Genehmigung im Liegenschaftsbereich
5.3	Genehmigung bei erbrechtlichen Verfahren
5.4	Genehmigung im Handels- und Gesellschaftsrecht
5.5	Genehmigung bei Dauerschuldverhältnissen
5.6	Genehmigung für sonstige Rechtsgeschäfte

Betreuungs- und Vormundschaftsrecht Vormundschaftsrecht und Pflegschaften für Minderjährige Lehrveranstaltungsstunden: 25
--

1	Vorbemerkungen
----------	-----------------------

2	Struktur
----------	-----------------

3	Voraussetzungen für Vormundschaft
3.1	Minderjähriger steht nicht unter elterlicher Sorge
3.1.1	Tod der Eltern oder eines Elternteils
3.1.2	Entziehung der elterlichen Sorge
3.2	Eltern nicht vertretungsberechtigt
3.2.1	Verhinderungsfälle
3.2.2	Folgen der Verhinderung eines Elternteils
3.3	Nicht zu ermittelnder Familienstand des Kindes

4	Anordnung der Vormundschaft
4.1	Ablauf des Anordnungsverfahrens
4.1.1	Kenntnis von den Voraussetzungen
4.1.2	Zuständigkeit
4.1.3	Anordnungsbeschluss
4.2	Vorläufiger Vormund

5	Person des Vormunds
5.1	In Betracht kommende Personen/Institutionen
5.2	Einzelvormund/gemeinschaftliche Führung
5.3	Benennung zum Vormund
5.3.1	Voraussetzungen
5.3.2	Rechtsfolgen
5.4	Auswahl des Vormunds
5.4.1	Eignung
5.4.2	Amtsermittlung, Vorschläge und Anhörungen
5.4.3	Übernahmepflicht und Ablehnungsrecht
5.4.4	Überprüfungsverfahren
5.5	Vereins- und bestellte Amtsvormundschaft
5.1	Vereinsvormundschaft
5.5.2	Bestellte Amtsvormundschaft des Jugendamtes
5.6	Gesetzliche Amtsvormundschaft des Jugendamtes
5.6.1	Voraussetzungen

5.6.2	Rechtsfolgen
6	Bestellung zum Vormund

7	Führung der Vormundschaft
7.1	Stellung und Aufgaben des Vormunds
7.2	Sorge für die Person des Mündels
7.2.1	Umfang des Personensorgerechts
7.2.2	Aufsicht durch das Familiengericht
7.2.3	Familiengerichtliche Genehmigung in der Personensorge
7.3	Entlassung des Vormunds

8	Beendigung der Vormundschaft
----------	-------------------------------------

9	Pflegschaften für Minderjährige
9.1	Ergänzungspflegschaft
9.2	Zuwendungspflegschaft
9.3	Pflegschaft für ein ungeborenes Kind

10	Anhörungen beim Familiengericht
-----------	--

Bürgerliches Recht – Erbrecht

Erbrecht Gesetzliche Erbfolge Lehrveranstaltungsstunden: 32

1	Einführung
1.1	Standorte der gesetzlichen Regelungen
1.2	Grundbegriffe und Grundsätze des Erbrechts

2	Gesetzliche Erbfolge
2.1	Verwandtenerbrecht
2.1.1	1. Ordnung
2.1.2	2. Ordnung
2.1.3	3. Ordnung
2.1.4	Fernere Ordnungen
2.1.5	Berufung zu mehreren Erbteilen
2.1.6	Erhöhung eines Erbteils
2.2	Erbrecht des Ehegatten und Lebenspartners
2.2.1	Voraussetzungen
2.2.2	Umfang des Ehegattenerbrechts
2.2.3	Voraus
2.2.4	Dreißigster
2.2.5	Erbrecht des verwandten Ehegatten
2.2.6	Lebenspartnerschaft
2.3	Erbrechtliche Stellung des nichtehelichen Kindes
2.3.1	Erbrechtliches Verhältnis zwischen Mutter und Kind
2.3.2	Erbrechtliches Verhältnis zwischen Kind und Vater
2.4	Erbrechtliche Besonderheiten bei Adoption
2.4.1	Minderjährigenadoption
2.4.2	Volljährigenadoption
2.4.3	Änderungen des Adoptionsrechts zum 1.1.1977

3	Ausschluss von der Erbfolge
3.1	Enterbung
3.2	Erbverzicht
3.2.1	Abschluss
3.2.2	Aufhebung
3.2.3	Wirkungen
3.3	Erbunwürdigkeit

4	Verschollenheitsgesetz
4.1	Materielles Recht
4.2	Verfahren bei Todeserklärungen

5	Miterbengemeinschaft
5.1	Gesamthand und Miterbenanteil
5.1.1	Rechtliche Besonderheiten der Erbengemeinschaft
5.1.2	Der Anteil am Nachlass
5.1.3	Verfügung über den Miterbenanteil
5.1.4	Erbschafts Kauf
5.1.5	Vorkaufsrecht der Miterben
5.2	Verwaltung des Nachlasses
5.2.1	Ordnungsgemäße Verwaltung
5.2.2	Nicht ordnungsgemäße Verwaltung
5.2.3	Notverwaltungsmaßnahmen
5.3	Auseinandersetzung des Nachlasses
5.3.1	Begriff und Normzweck
5.3.2	Anspruch auf Auseinandersetzung
5.3.3	Auseinandersetzungsregeln und Durchführung
5.3.4	Ausgleichspflicht unter Abkömmlingen

6	Einblick in die Erbschaftssteuer
----------	---

Erbrecht Gewillkürte Erbfolge Lehrveranstaltungsstunden: 34
--

1	Allgemeines zur gewillkürten Erbfolge
1.1	Verfügungen von Todes wegen
1.2	Verhältnis zur gesetzlichen Erbfolge
1.3	Testierfreiheit
1.4	Testierwille
1.5	Testierfähigkeit
1.6	Höchstpersönlichkeit
1.7	Regelungsmöglichkeiten in Verfügungen von Todes wegen

2	Testamente
2.1	Grundlagen
2.2	Persönliche Errichtung
2.3	Öffentliches Testament
2.4	Eigenhändiges Testament
2.5	Außerordentliche Testamente
2.6	Widerruf von Testamenten
2.7	Auslegung von Testamenten
2.7.1	Erläuternde, ergänzende und wohlwollende Auslegung
2.7.2	Gesetzliche Auslegungsregeln
2.7.3	Grenzen der Auslegung
2.8	Nichtigkeit von Testamenten
2.8.1	Sittenwidrigkeit
2.8.2	Anfechtung von Testamenten

3	Erbeinsetzung, Ersatzerbfolge und Anwachsung
----------	---

4	Grundlagen der Vor- und Nacherbfolge
4.1	Einsetzung des Nacherben
4.2	Rechtsstellung des Nacherben
4.3	Rechtsstellung des Vorerben und befreite Vorerbschaft
4.4	Eintritt und Wirkungen des Nacherbfalles

5	Vermächtnis und Auflage
----------	--------------------------------

Erbrecht Gemeinschaftliches Testament und Erbvertrag Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Gemeinschaftliches Testament
1.1	Voraussetzungen, Form und Errichtungszusammenhang
1.2	Berliner Testament und Wiederverheiraturungsklausel
1.3	Wechselbezügliche Verfügungen

2	Erbvertrag
2.1	Abschluss und Inhalt
2.2	Erbvertragliche Bindung
2.3	Aufhebung, Rücktritt und Anfechtung

Erbrecht Ausschlagung und Pflichtteil Lehrveranstaltungsstunden: 23
--

1	Annahme und Ausschlagung der Erbschaft
1.1	Voraussetzungen und Wirkungen
1.2	Vererblichkeit
1.3	Willensmängel
1.4	Berufungsgründe
1.5	Irrtum
1.6	Teilannahme und -ausschlagung
1.7	Berufung zu mehreren Erbteilen

2	Pflichtteilsrecht
2.1	Bedeutung
2.2	Abkömmlinge
2.3	Ehegatte und Lebenspartner
2.4	Eltern
2.5	Pflichtteilsentziehung und -unwürdigkeit
2.6	Zusatzpflichtteil
2.7	Beschränkungen und Beschwerden
2.8	Zuwendung eines Vermächtnisses
2.9	Auskunfts- und Schutzvorschriften
2.10	Feststellung des Erbteils
2.11	Wert des Nachlasses

Erbrecht Erbscheinsverfahren und Nachlasssicherung Lehrveranstaltungsstunden: 13

1	Überblick über die Zuständigkeit des Nachlassgerichts
2	Verwahrung und Eröffnung letztwilliger Verfügungen sowie Erbenermittlung
3	Feststellung des Fiskus als Erben
4	Erbschein
4.1	Inhalt und Arten
4.2	Erbscheinsverfahren
4.3	Einziehung
4.4	Kraftloserklärung
4.5	Publizitätswirkung
5	Rechtsverhältnis zwischen Erbe und Erbschaftsbesitzer
5.1	Auskunft
5.2	Herausgabe
6	Nachlasssicherung und Nachlasspflegschaft

Erbrecht Testamentsvollstreckung Lehrveranstaltungsstunden: 9
--

1	Testamentsvollstreckung
1.1	Dauer
1.2	Außenverhältnis
1.3	Innenverhältnis
1.4	Erbschein bei Testamentsvollstreckung
1.5	Testamentsvollstreckerzeugnis

Interdisziplinäre Veranstaltungen Lehrveranstaltungsstunden: 12
--

1	Juristische Methodenkompetenz
1.1	Verzeichnis der wichtigsten juristischen Abkürzungen
1.2	Kleine Normenlehre
1.3	Fälle als Diskussionsgrundlage
1.4	Auslegung und Subsumtion
1.4.1	Auslegung im engeren Sinne
1.4.2	Auslegung im weiteren Sinne
1.4.3	Aufbau
1.4.4	Fälle
1.5	Grundsätze im Zivilrecht
1.6	Allgemeine Argumentation (Rechts-Links-Mitte)
2	Lernkompetenz
2.1	Künstliche Intelligenz
2.2	Klausurtechnik und -taktik
3	Umgang mit rechtssuchendem Publikum
4	Extremismusprävention
5	Hate Speech

Wohnungseigentumsrecht

Wohnungseigentumsrecht Begründung Lehrveranstaltungsstunden: 16

1	Wesen des Wohnungseigentums
1.1	Grundsatz der Einheit von Grundstück und Gebäude
1.2	Ausnahmen
1.3	Wirtschaftliche Bedeutung

2	Arten der Begründung
2.1	Vertragliche Einräumung
2.2	Teilung durch den Eigentümer
2.3	Kombination der Begründungswege
2.4	Einzelheiten
2.4.1	Reihenfolge der Begründungswege
2.4.2	Verbindung von Miteigentumsanteil und Sondereigentum

3	Gemeinschaftseigentum
----------	------------------------------

4	Sondereigentum
----------	-----------------------

5	Gemeinschaft der Wohnungseigentümer
5.1	Gesetzliche Regelungen
5.1.1	Allgemeine Grundsätze
5.1.2	Zwingendes Recht
5.2	Vereinbarungen der Wohnungseigentümer
5.2.1	Zulässigkeit und Bedeutung
5.2.2	Gebrauchsregelungen und Sondernutzungsrechte
5.2.3	Veräußerungsbeschränkungen
5.2.4	Regelungen zur Kosten- und Lastentragung
5.2.5	Regelungen zur Verwaltung und Eigentümerversammlung
5.3	Mehrheitsbeschlüsse
5.3.1	Inhalt und Beschlusskompetenz
5.3.2	Verfahren
5.3.3	Wirkung
5.3.4	Fehlerhafte Beschlüsse
5.4	Entscheidungen des Wohnungseigentumsrichters

6	Verwaltung des Gemeinschaftseigentums
6.1	Verwaltung durch die Wohnungseigentümer
6.2	Verwaltung durch einen Verwalter
6.3	Verwaltungsbeirat

7	Wohnungs- und Teilerbbaurecht
7.1	Begründung
7.1.1	Unterteilung eines Erbbaurechts
7.1.2	Umwandlung eines Bruchteilmiterbbaurechts
7.2	Anwendbares Recht
7.3	Grundbuchmäßige Behandlung

8	Dauerwohn- und Dauernutzungsrecht
8.1	Rechtsnatur und Bedeutung
8.2	Entstehung
8.3	Belastungsgegenstand
8.4	Berechtigter
8.5	Inhalt
8.6	Erlöschen
8.7	Grundbucheintragung

9	Prüfungspflichten des Grundbuchamts
9.1	Antrag
9.2	Bewilligung/Einigung
9.3	Teilungserklärung
9.4	Mitbewilligung Dritter
9.5	Aufteilungsplan
9.6	Abgeschlossenheitsbescheinigung
9.7	Form
9.8	Voreintragung
9.9	Öffentlich-rechtliche Genehmigungen

10	Eintragung eines Wohnungseigentums im Grundbuch
10.1	Aufschrift
10.2	Bestandsverzeichnis
10.3	Abteilungen II und III

Grundbuchordnung

Einführung in die Grundbuchordnung

Lehrveranstaltungsstunden: 3

Grundbuchordnung

Eintragungsvoraussetzungen einschließlich Bewilligung

Lehrveranstaltungsstunden: 25

1	Grundlagen
1.1	Aufgaben und Wirkungen des Grundbuchsystems
1.2	Verhältnis zwischen materiellem und formellem Grundstücksrecht
1.3	Rechtsquellen
1.4	Zuständigkeit
1.4.1	Sachliche Zuständigkeit
1.4.2	Örtliche Zuständigkeit
1.4.3	Funktionelle Zuständigkeit
1.5	Grundstück
1.5.1	Grundstücksbegriff
1.5.2	Buchungsmethoden
1.5.3	Sonderfall: Grundstücksgleiche Rechte
1.5.4	Sonderfall: Miteigentumsanteile
1.6	Führung der Grundakte
1.7	Einsicht in das Grundbuch
1.7.1	Voraussetzungen für die Einsicht, § 12 Abs. 1 GBO
1.7.2	Umfang der Einsicht
1.7.3	Zuständigkeit

2	Übersicht über die Verfahrensarten
----------	---

3	Eintragungsvoraussetzungen im Überblick
----------	--

4	Antrag
4.1	Rechtsnatur
4.2	Wirksamwerden des Antrags
4.3	Materielle Wirkungen
4.3.1	Verfügungsbeeinträchtigungen
4.3.2	Gutgläubiger Erwerb

4.3.3	Rang
4.4	Erklärung, Inhalt, Vorbehalte
4.5	Vertretung
4.5.1	Zulässigkeit und Nachweis
4.5.2	Notarantrag
4.6	Berechtigung
4.6.1	Unmittelbare Antragsberechtigung, § 13 Abs. 1 Satz 2 GBO
4.6.2	Mittelbare Antragsberechtigung
4.7	Rücknahme des Antrags, vgl. § 31 GBO
4.8	Behandlung mehrerer Anträge
4.8.1	Voraussetzungen des § 17 GBO
4.8.2	Rechtsfolgen des § 17 GBO

5	Bewilligung
5.1	Bewilligungsgrundsatz und Ausnahmen
5.1.1	Materielles Konsensprinzip
5.1.2	Formelles Konsensprinzip
5.2	Rechtsnatur und Erklärung
5.3	Wirksamwerden der Bewilligung
5.4	Keine Rücknahme der Bewilligung
5.5	Berechtigung
5.5.1	Rechtsinhaberschaft
5.5.2	Bewilligungsbefugnis
5.6	Vertretung
5.6.1	Gesetzliche Vertretung
5.6.2	Rechtsgeschäftliche Vertretung
5.7	Inhalt der Bewilligung
5.8	Erzwungene Bewilligung
5.9	Besonderheiten nach § 21 GBO
5.10	Besonderheit: Löschung von Grundpfandrechten, § 27 GBO

6	Besonderheiten bei Auflassung
6.1	Besondere Prüfung der Einigung
6.2	Vertretungsprobleme, insbesondere Doppelvollmacht

Grundbuchordnung Eintragungsvoraussetzungen ab Form/Nachweise Lehrveranstaltungsstunden: 22
--

1	Form der Eintragungsunterlagen
1.1	Beweismittel
1.1.1	Beschränkung auf Urkundsbeweis
1.1.2	Ausnahme: Offenkundigkeit
1.2	Nachweisbedürftigkeit im Einzelnen
1.3	Vorlage der Eintragungsunterlagen

2	Voreintragung des Betroffenen
2.1	Grundsatz
2.2	Betroffenheit
2.3	Maßgeblicher Zeitraum
2.4	Wichtige Ausnahmen

3	Briefvorlage
3.1	Grundsatz
3.2	Ausnahmen

4	Erfordernis öffentlich-rechtlicher Genehmigungen
----------	---

5	Entscheidung
5.1	Eintragung
5.2	Zwischenverfügung
5.3	Zurückweisungsbeschluss

6	Eintragung im Grundbuch
6.1	Äußere Form
6.1.1	Eintragungsort
6.1.2	Eintragungsdatum
6.1.3	Unterschrift
6.2	Inhalt der Eintragung
6.2.1	Bestimmtheitsgrundsatz
6.2.2	Unmittelbare Eintragung
6.2.3	Mittelbare Eintragung
6.3	Reihenfolge der Eintragung
6.3.1	Gesetzliche Reihenfolge
6.3.2	Abweichende Bestimmung
6.4	Löschung im Grundbuch

6.5	Gesamtbelastungen
6.5.1	Rechte in demselben Grundbuchblatt
6.5.2	Rechte in verschiedenen Blättern
6.5.3	Verschiedene Grundbuchämter
6.5.4	Mithaftentlassung (Pfandfreigabe)

7	Veränderungen im Grundstücksbestand
7.1	Grundbegriffe
7.1.1	Grundstück – Flurstück
7.1.2	Grundstücksveränderung
7.1.3	Flurstücksveränderung
7.2	Grundstücksteilung
7.2.1	Voraussetzungen
7.2.2	Materiell-rechtliche Voraussetzungen
7.2.3	Formell-rechtliche Voraussetzungen
7.2.4	Eintragungsverfahren
7.2.5	Wirkungen
7.3	Grundstücksverbindung
7.3.1	Begriffe
7.3.2	Vereinigung
7.3.3	Bestandteilszuschreibung
7.3.4.	Gegenstand der Verbindung
7.3.5	Voraussetzungen
7.3.6	Eintragungsverfahren
7.3.7	Wirkungen
7.4	Verwirrung und deren Beseitigung
7.4.1	Begriff
7.4.2	Unterschiedliche Belastung mit Grundpfandrechten
7.4.3	Andere dingliche Rechte
7.4.4	Beseitigung der Verwirrung

Grundbuchordnung Grundbuchberichtigung, Eintragung von Amts wegen Lehrveranstaltungsstunden: 22
--

1	Berichtigung des Grundbuchs
1.1	Begriff, Art und Ursache der Grundbuchunrichtigkeit
1.2	Berichtigungsverfahren
1.2.1	Antrag
1.2.2	Besonderes Antragsrecht
1.2.3	Berichtigungsbewilligung und Unrichtigkeitsnachweis
1.2.3.1	Bewilligung
1.2.3.2	Unrichtigkeitsnachweis
1.2.3.3	Besondere Zustimmung
1.2.3.4	Voreintragung
1.2.3.5	Form
1.2.3.6	Briefrechte
1.2.3.7	Genehmigungen
1.3	Berichtigung durch Löschung
1.3.1	Löschung von Rechten, die auf Lebenszeit beschränkt sind
1.3.2	Löschung von Rechten, die anderweitig auflösend bedingt oder befristet sind
1.4	Berichtigung aufgrund Erbfolge
1.4.1	Eintragung der Erbfolge
1.4.2	Vor- und Nacherbschaft
1.4.2.1	Nacherbenvermerk
1.4.2.2	Verfügungen des Vorerben
1.4.2.3	Löschung eines Rechts bei eingetragendem Nacherbenvermerk
1.4.3	Testamentsvollstreckung
1.4.3.1	Rechtsstellung des Erben bei Testamentsvollstreckung
1.4.3.2	Aufgaben des Testamentsvollstreckers
1.4.3.3	Testamentsvollstreckervermerk
1.4.3.4	Verfügungen des Testamentsvollstreckers
1.5	Grundbuchberichtigungszwang und Berichtigung von Amts wegen bezüglich der Eigentümereintragung
1.6	Löschung gegenstandsloser Eintragungen

2	Amtswiderspruch und Amtslöschung
----------	---

3	Eintragungen auf Ersuchen einer Behörde
----------	--

4	Behandlung der Grundpfandrechtsbriefe
4.1	Herstellung von Grundpfandrechtsbriefen
4.2	Nachträgliche Veränderungen
5	Rechtsmittel gegen Entscheidungen im Grundbuchverfahren
6	Rangklarstellungsverfahren
7	Flurbereinigungsverfahren
7.1	Rechtsgrundlagen und Zweck
7.2	Verfahrensgrundsätze

Zivilprozessrecht

Zivilprozessrecht Die Klage Lehrveranstaltungsstunden: 14

1	Geschichte der ZPO und Überblick über das Gesetz
----------	---

2	Verfahrensgrundsätze
----------	-----------------------------

3	Die Zulässigkeit der Klage
3.1	Bedeutung der Zulässigkeitsprüfung
3.2	Zulässigkeitsvoraussetzungen
3.2.1	Ordnungsgemäße Klageerhebung
3.2.2	Deutsche Gerichtsbarkeit
3.2.3	Zivilrechtsweg
3.2.4	Zuständigkeit des Gerichts
3.2.5	Parteifähigkeit
3.2.6	Prozessfähigkeit
3.2.7	Postulationsfähigkeit
3.2.8	Prozessführungsbefugnis und Prozessstandschaft
3.2.9	Schlichtungsversuch
3.2.10	Rechtsschutzbedürfnis
3.2.11	Anderweitige Rechtshängigkeit
3.2.12	Entgegenstehende Rechtskraft
3.2.13	Streitgegenstandsbegriff

4	Die Begründetheit der Klage
4.1	Die Schlüssigkeit des Klägervorbringens
4.2	Die Erheblichkeit des Beklagtenvorbringens
4.3	Streitiger und unstreitiger Sachverhalt
4.4	Beweiserhebung und Beweislast

5	Prozessuale Grundbegriffe und Verfahrensgrundsätze
5.1	Justizmonopol des Staates und Justizanspruch des Bürgers
5.2	Die Rechtswege
5.3	Die Verfahrensgrundsätze
5.3.1	Dispositionsrundsatz
5.3.2	Verhandlungsgrundsatz

5.3.3	Beschleunigungsgrundsatz
5.3.4	Rechtliches Gehör
5.3.5	Mündlichkeitsgrundsatz
5.3.6	Unmittelbarkeitsgrundsatz
5.3.7	Öffentlichkeitsgrundsatz
6	Aufklärungs- und Hinweispflichten sowie richterliche Unparteilichkeit

Zivilprozessrecht Klagearten und Zustellung Lehrveranstaltungsstunden: 18
--

1	Die Klagearten und die zu stellenden Anträge
1.1	Grundlagen und Allgemeines
1.2	Klage auf künftige Leistungen und Feststellungsklage
1.3	Gestaltungsklage
1.4	Widerklage
1.5	Stufenklage

2	Zustellungen
2.1	Grundlagen
2.2	Aufgaben der Geschäftsstelle
2.3	Zustellungszeit
2.4	Zustellung am aktuellen Aufenthaltsort
2.5	Zustellung unter der Wohnanschrift
2.6	Zustellung bei prozessunfähigen Parteien oder juristischen Personen
2.7	Ersatzzustellung
2.8	Zustellung bei verweigerter Annahme
2.9	Zustellung an durch Anwalt vertretene Partei
2.10	Zustellung von Anwalt zu Anwalt
2.11	Zustellung gegen Empfangsbekanntnis
2.12	Öffentliche Zustellung
2.13	Zustellung im Ausland
2.14	Zustellung an Zustellungsbevollmächtigten
2.15	Behebung von Zustellungsmängeln
2.16	Zustellung im Parteibetrieb

Zivilprozessrecht Verfahrensablauf, -beendigung und Rechtskraft Lehrveranstaltungsstunden: 32
--

1	Wirkungen und Anhängigkeit bzw. Rechtshängigkeit eines Prozesses
1.1	Begriffe
1.2	Wirkung der Anhängigkeit
1.3	Prozessuale Wirkungen der Rechtshängigkeit
1.4	Materiell-rechtliche Wirkungen der Rechtshängigkeit

2	Fristen und ihre Versäumnis
2.1	Grundlagen
2.2	Notfristen
2.3	Dauer und Berechnung von Fristen
2.4	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
2.5	Zulässigkeit
2.6	Begründetheit

3	Streitgegenstand
3.1	Grundlagen
3.2	Einfache Streitgenossenschaft
3.3	Notwendige Streitgenossenschaft

4	Möglichkeiten der vorzeitigen Verfahrensbeendigung
4.1	Anerkenntnis
4.2	Klageverzicht
4.3	Versäumnisurteil
4.3.1	Voraussetzungen für den Erlass
4.3.2	Einspruch und weiteres Verfahren
4.3.3	Das Versäumnisurteil im schriftlichen Verfahren
4.4	Klagerücknahme
4.5	Prozessvergleich
4.6	Erledigung der Hauptsache
4.6.1	Übereinstimmende Erledigungserklärung
4.6.2	Einseitige Erledigungserklärung

5	Die Arten der Entscheidung und deren Wirksamkeit
5.1	Urteile
5.2	Beschlüsse und Verfügungen
5.3	Berichtigung von Entscheidungen

6	Die Rechtsmittel und die Wirkungen der Rechtskraft
6.1	Berufung
6.2	Revision
6.3	Sofortige Beschwerde
6.4	Rechtsbeschwerde
6.5	Rechtsmittelverzicht und Rechtsmittelrücknahme
6.6	Formelle und materielle Rechtskraft
6.7	Veräußerung der streitbefangenen Sache oder Forderung

7	Das Mahnverfahren
7.1	Überblick
7.2	Zulässigkeit des Mahnantrags
7.3	Entscheidung über den Antrag
7.4	Widerspruch und Folgeverfahren
7.5	Vollstreckungsbescheid
7.6	Überblick über das automatisierte Mahnverfahren

RPfIG und FamFG

RPfIG und FamFG FamFG – Allgemeiner Teil und RPfIG Lehrveranstaltungsstunden: 28

1	Einführung in das FamFG
1.1	Anwendungsbereich
1.1.1	FamFG
1.1.2	Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
1.2	Gliederung und Systematik
1.3	Hinweise zum Kostenrecht

2	Verfahrensgrundsätze
2.1	Zuständigkeiten
2.1.1	Rechtswegezuständigkeit
2.1.2	Sachliche Zuständigkeit
2.1.3	Örtliche Zuständigkeit
2.1.4	Funktionelle Zuständigkeit
2.1.4.1	Stellung des Rechtspflegers
2.1.4.2	Übertragungsarten
2.1.4.3	Befugnisse des Rechtspflegers
2.2	Verfahrensbeteiligte
2.2.1	Begriff
2.2.2	Arten der Beteiligung
2.2.3	Bedeutung der Beteiligtenstellung
2.2.4	Beteiligtenfähigkeit
2.2.5	Verfahrensfähigkeit
2.3	Verfahrensbevollmächtigte
2.4	Bekanntmachung von Dokumenten und die Adressaten
2.5	Fristen
2.6	Wiedereinsetzung
2.7	Sonstiges

3	Verfahren im ersten Rechtszug
3.1	Verfahrensgrundsätze
3.2	Überblick über den Verfahrensablauf
3.3	Verfahrenseinleitung
3.4	Amtsermittlungsgrundsatz
3.5	Beweisaufnahme

3.6	Beweislast (Feststellungslast)
3.7	Verfahrensbeendigung
3.8	Erlass, Bekanntmachung und Wirksamwerden gerichtlicher Entscheidungen

4	Anfechtung gerichtlicher Entscheidungen
4.1	Beschwerde
4.2	Rechtsbeschwerde

5	Anfechtung der Entscheidung des Rechtspflegers
5.1	Beschwerde
5.2	Erinnerung

Kostenrecht

Kostenrecht Gerichtskosten und Kostenfestsetzung Lehrveranstaltungsstunden: 20

1	Grundbegriffe des Kostenrechts
2	Gerichtskosten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten
2.1	Grundsätzliches zur Systematik des Kostenrechts im Zivilprozess
2.1.1	Kostenschuldverhältnisse
2.1.2	Gerichtliche Kostenentscheidungen
2.2	Ausgangspunkt und Grundunterscheidung
2.3	Gerichtsgebühren
2.3.1	Berechnung der Gebühren
2.3.2	Gebühren erster Instanz
2.3.3	Gebühren in der Rechtsmittelinstanz
2.4	Auslagen
2.5	Kostenschuld
2.5.1	Kostenschuldner
2.5.2	Fälligkeit der Gerichtskosten, Vorauszahlung und Vorschuss
3	Entschädigung von Zeugen, Sachverständigen, Dolmetschern und Übersetzern sowie ehrenamtlichen Richtern
4	Kostenfestsetzung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten
4.1	Allgemeines und Verfahrensgegenstand
4.2	Notwendigkeit der Kosten
4.2.1	Überblick
4.2.2	Gerichtskosten
4.2.3	Parteikosten
4.2.4	Anwaltskosten
4.2.5	Kosten des Güteverfahrens
4.3	Zulässigkeit des Kostenfestsetzungsverfahrens
4.3.1	Bedeutung
4.3.2	Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen

4.3.3	Besondere Verfahrensvoraussetzungen des Festsetzungsverfahrens
4.4	Weiteres Verfahren
4.4.1	Schlüssigkeitsprüfung
4.4.2	Rechtliches Gehör
4.4.3	Feststellung des entscheidungserheblichen Sachverhalts
4.4.4	Beachtlichkeit der Einwendungen des Antragsgegners
4.5	Die Entscheidung im Kostenfestsetzungsverfahren
4.5.1	Entscheidungsmöglichkeiten im Überblick
4.5.2	Inhalt des Kostenfestsetzungsbeschlusses
4.5.3	Gebührenaustausch
4.5.4	Bekanntmachung der Entscheidung
4.5.5	Rechtskraft
4.5.6	Rechtsbehelf
4.6	Vereinfachte Kostenfestsetzung
4.7	Rückkostenfestsetzung
4.8	Kostenausgleich
4.9	Kostenausgleich bei Streitgenossen
4.9.1	Unterliegende Streitgenossen
4.9.2	Obsiegende Streitgenossen
4.9.3	Unterschiedlicher Prozessausgang
4.10	Zwangsvollstreckungskosten

5	Festsetzung der Vergütung des Rechtsanwalts
5.1	Allgemeines
5.2	Verfahrensgegenstand
5.3	Allgemeine und besondere Verfahrensvoraussetzungen
5.4	Weiteres Verfahren
5.4.1	Schlüssigkeitsprüfung
5.4.2	Rechtliches Gehör
5.4.3	Feststellung des entscheidungserheblichen Sachverhalts
5.4.4	Beachtlichkeit der Einwendungen des Antragsgegners
5.4.5	Bedeutung des Streitwerts
5.5	Entscheidung
5.5.1	Allgemeines
5.5.2	Rechtskraft
5.5.3	Rechtsbehelf
5.5.4	Zwangsvollstreckung
5.6	Festsetzung auf Antrag des Auftraggebers möglich?

6	Kostenfestsetzung in FamFG-Verfahren
6.1	Ehesachen und Familienstreitsachen
6.2	Sonstige Verfahren

Kostenrecht Vergütung nach RVG im bürgerlichen Rechtsstreit Lehrveranstaltungsstunden: 23
--

1	Grundlagen der gesetzlichen Vergütung nach RVG
1.1	Grundlagen der Vergütung
1.2	Aufbau und Systematik des RVG
1.3	Persönlicher und sachlicher Geltungsbereich
1.4	Vereinbarung der Vergütung
1.5	Gesetzliche Vergütungsmodalitäten
1.6	Wertgebühren
1.7	Rahmen- und Festgebühren
1.8	Grundsätze der Streitwertberechnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten

2	Gesetzliche Vergütung des Prozessbevollmächtigten im bürgerlichen Rechtsstreit
2.1	Verfahrensgebühr
2.2	Abgeltungsbereich der Gebühren und Angelegenheiten
2.3	Terminsgebühr
2.4	Einigungsgebühr
2.5	Gebühren im Mahnverfahren
2.6	Mehrere Auftraggeber
2.7	Aufwendungsersatz

Kostenrecht Prozess- und Verfahrenskostenhilfe Lehrveranstaltungsstunden: 15

1	Zwecke und praktische Bedeutung von Prozess- bzw. Verfahrenskostenhilfe
2	Grundstruktur
3	Geltungsbereich der jeweiligen Regelungen

4	Bewilligungsvoraussetzungen
4.1	Antrag und Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
4.2	Bedürftigkeit
4.2.1	Einsatz des Einkommens
4.2.2	Einsatz des Vermögens
4.2.3	Sperre nach § 115 Abs. 4 ZPO
4.3	Hinreichende Erfolgsaussichten der Rechtsverfolgung oder -verteidigung
4.4	Keine Mutwilligkeit

5	Gerichtliches Verfahren zur Bewilligung
5.1	Verfahrensablauf
5.2	Entscheidung
5.3	Rechtsmittel
5.4	Kosten des Prüfungsverfahrens

6	Beordnung eines Rechtsanwalts
----------	--------------------------------------

7	Wirkungen der Bewilligung
7.1	Wirkungen für den Antragsteller und den beigeordneten Rechtsanwalt
7.2	Festsetzung der Vergütung für den beigeordneten Rechtsanwalt
7.3	Wirkungen für den Gegner
7.4	Zahlungspflichten nach rechtskräftiger Kostenentscheidung

8	Nachträgliche Entscheidungen
8.1	Vorläufige Einstellung der Zahlungen
8.2	Änderungen der Bewilligungsbedingungen
8.3	Aufhebung der Bewilligung

Schlüsselkompetenzen

Die Lehrveranstaltungen im Bereich der Schlüsselkompetenzen mit den jeweils vorgesehenen Lehrveranstaltungsstunden sind aus der nachfolgenden Übersicht ersichtlich:

Orientierungsveranstaltung	3 LVS
Organisationsstrukturen	3 LVS

Die konkreten Ausbildungsinhalte ergeben sich jeweils aus nachfolgendem Stoffplan:

1	<p style="text-align: center;">Schlüsselkompetenzen Orientierungsveranstaltung Lehrveranstaltungsstunden: 3</p>
1.1	Erstes Kennenlernen und Vorstellung
1.2	<p>Gestaltung des Zusammenlebens</p> <ul style="list-style-type: none"> • Regeln am Campus / an der späteren Behörde • Kleidung, Grüßen, Anrede, Respekt und Wertschätzung, Vorbilder

2.	<p style="text-align: center;">Schlüsselkompetenzen Organisationsstrukturen Lehrveranstaltungsstunden: 3</p>
2.1	<p>Aufbauorganisation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Definition • Staatsaufbau – Gewaltenteilung • Aufbau der Justizverwaltung (Dienstweg, Leitung der Gerichte, Dienstaufsicht) • Organisationsform der Serviceeinheit (Beamte, Arbeitnehmer, Konfliktpotenzial) • Geschäftsverteilung • Informationen zu Laufbahnen und deren Ausbildung • AGO, AktO, Geschäftsstellenverordnung • Aufgaben einer Führungskraft
2.2	<p>Ablauforganisation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Definition • Rechtsquellen • Gestaltung der Ablauforganisation • Geschäftsverteilung

**ZWEITER
FACHTHEORETISCHER
STUDIENABSCHNITT**

Fachstudium II

Bürgerliches Recht – Schuldrecht – Besonderer Teil

Schuldrecht – Besonderer Teil Dienst- und Werkvertragsrecht Lehrveranstaltungsstunden: 14

1	Dienstvertrag
1.1	Allgemeines
1.2	Arbeitsvertrag als Spezialfall des Dienstvertrags
1.3	Abgrenzungen
1.4	Haftung des Dienstverpflichteten
1.5	Pflichten des Dienstberechtigten
1.6	Beendigung des Dienstverhältnisses

2	Überblick zum Individualarbeitsrecht
2.1	Pflichtverletzungen des Arbeitnehmers
2.2	Mankohaftung
2.3	Außerordentliche Kündigung
2.4	Anfechtung eines Aufhebungsvertrags

3	Werkvertrag
3.1	Allgemeines
3.2	Abgrenzungen
3.3	Gewährleistung
3.4	Pflichten des Bestellers
3.5	Gefahrtragung
3.6	Werkunternehmerpfandrecht

4	Darlehensrecht (Überblick)
----------	-----------------------------------

5	Leasing- und Maklervertrag, Grundzüge
5.1	Ausgestaltung und typische Probleme des Leasingvertrags
5.2	Provisionsansprüche des Maklers

Schuldrecht Gesetzliche Schuldverhältnisse – Teil II Lehrveranstaltungsstunden: 20

1	Der Auftrag
1.1	Vertragsschluss
1.2	Hauptpflicht und Nebenpflichten
1.3	Beendigung

2	Geschäftsführung ohne Auftrag
2.1	Schematische Übersicht
2.2	Begriffe und Abgrenzung
2.3	Ansprüche der Beteiligten
2.4	Klausurrelevante Probleme

3	Bereicherungsrecht
3.1	Aufgabe und Gesetzssystematik
3.2	Leistungskondiktion nach § 812 Abs. 1 Satz 1 1. Alt BGB
3.2.1	Bereicherung des Schuldners
3.2.2	Leistung des Gläubigers
3.2.3	Mangel des rechtlichen Grundes
3.2.4	Ausschluss nach § 812 BGB

4	Leistungskondiktion nach § 812 Abs. 1 Satz 2 1. Alt BGB
----------	--

5	Nichtleistungskondiktion
5.1	Eingriffskondiktion nach § 812 Abs. 1 Satz 2 2. Alt BGB
5.1.1	Voraussetzungen
5.1.2	Fallgruppen
5.2	Verwendungskondiktion nach § 951 BGB

6	Sondertatbestand des § 816 BGB
6.1	Bereicherungsausgleich nach § 816 Abs. 1 Satz 1 BGB
6.2	Bereicherungsausgleich nach § 816 Abs. 1 Satz 2 BGB
6.3	Bereicherungsausgleich nach § 816 Abs. 2 BGB
6.4	Herausgabeanspruch Dritter nach § 822 BGB

7	Inhalt und Umfang des Bereicherungsanspruchs
7.1	Herausgabe und Wertersatz
7.2	Wegfall der Bereicherung
7.3	Besonderheiten beim gegenseitigen Vertrag
7.4	Haftungsverschärfungen nach § 818 Abs. 4, § 819 BGB
8	Merksätze zum Bereicherungsrecht

Bürgerliches Recht – Sicherungsgeschäfte

Sicherungsgeschäfte Sicherungsgeschäfte außerhalb der Grundpfandrechte Lehrveranstaltungsstunden: 26

1	Allgemeiner Überblick
2	Bürgschaft
2.1	Begriff
2.2	Anspruchsvoraussetzungen
2.3	Verhältnis zwischen Bürge und Gläubiger
2.4	Verhältnis zwischen Bürge und Schuldner
2.5	Erlöschen der Bürgschaftsschuld
2.6	Besondere Formen der Bürgschaft
2.7	Bürgschaftsähnliche Rechtsgeschäfte
3	Pfandrecht an beweglichen Sachen
3.1	Begriff
3.2	Begründung
3.3	Schutz des Pfandgläubigers
3.4	Verwertung der Pfandsache
3.5	Erlöschen des Pfandrechts
3.6	Verpfändung von hypothekarisch gesicherter Grundschuld und Forderung
4	Sicherungsübereignung
4.1	Begriff, Zulässigkeit und Interessenlage
4.2	Übereignung
4.3	Sicherungsvertrag
4.4	Verfügungen über die Sicherungssache
5	Sicherungsabtretung
5.1	Begriff und Struktur
5.2	Interessenlage
5.3	Sicherungsvertrag
5.4	Arten der Sicherungszession
5.5	Sittenwidrigkeit

6	Eigentumsvorbehalt
6.1	Begriff und Funktion
6.2	Auslegung
6.3	Arten
6.4	Verfügungen über die Vorbehaltssache
6.5	Erlöschen

7	Verpfändung des Auflassungsanspruchs
7.1	Wirtschaftliche Bedeutung
7.2	Entstehung des Vertragspfandrechts
7.3	Eintragung der Verpfändung im Grundbuch
7.4	Wirkungen der Verpfändung
7.5	Besonderheiten bei bereits erklärter Auflassung

Wohnungseigentumsrecht

Wohnungseigentumsrecht Veränderungen und Beendigung Lehrveranstaltungsstunden: 9

1	Wesen des Wohnungseigentums
2	Veränderungen von Wohnungseigentum
2.1	Das Grundstück betreffende Veränderungen
2.1.1	Veräußerung einer Teilfläche
2.1.2	Erwerb einer Teilfläche
2.2	Veränderung bezüglich des Miteigentumsanteils bzw. des Gegenstands des Sondereigentums
2.2.1	Veräußerung eines Miteigentumsanteils
2.2.2	Veräußerung von Sondereigentum
2.2.3	Umwandlung Gemeinschaftseigentum in Sondereigentum und umgekehrt
2.2.4	Unterteilung von Wohnungseigentum
2.2.5	Vereinigung oder Bestandsteilzuschreibung von Wohnungseigentum
2.3	Veränderungen nur bezüglich des Inhalts des Sondereigentums
2.3.1	Änderungen der Gemeinschaftsordnung
2.3.2	Änderung eines Sondernutzungsrechts
2.3.3	Übertragung eines Sondernutzungsrechts
2.3.4	Aufhebung eines Sondernutzungsrechts
3	Beendigung von Wohnungseigentum

Erbbaurecht

Erbbaurecht Lehrveranstaltungsstunden: 10

1	Rechtsgrundlagen und Begriff
2	Begründung
2.1	Schuldrechtliches Grundgeschäft
2.2	Materiell-rechtliche Entstehungsvoraussetzungen
3	Begründung
3.1	Grundstück im Rechtssinn
3.2	Gesamterbbaurecht
3.3	Realer Grundstücksanteil
3.4	Kein ideeller Grundstücksanteil
4	Erbbauberechtigter
5	Gesetzlicher Inhalt
5.1	Bauwerk
5.1.1	Begriff
5.1.2	Konkretisierung des Bauwerks im Vertrag
5.1.3	Eigentumsfragen im Zusammenhang mit dem Bauwerk
5.2	Veräußerlichkeit und Vererblichkeit
5.3	Erstreckung auf Nebenflächen
5.4	Keine Beschränkung auf Gebäudeteile
5.5	Keine auflösende Bedingung
5.6	Zeitbestimmungen bzw. Befristungen
5.7	Erste Rangstelle
6	Vertraglicher Inhalt
6.1	Errichtung, Instandhaltung und Verwendung
6.2	Versicherung und Wiederaufbau
6.3	Öffentliche und privatrechtliche Lasten des Grundstücks
6.4	Heimfall
6.5	Vertragsstrafe
6.6	Vorrecht auf Erneuerung
6.7	Grundstückserwerbsrecht
6.8	Zustimmung zu Verfügungen über das Erbbaurecht

7	Verfügungen über das Erbbaurecht
7.1	Übertragung
7.2	Inhaltsänderung
7.3	Belastung

8	Beendigung
8.1	Beendigung durch Zeitablauf
8.2	Beendigung durch Aufhebung

9	Verfahrensrecht
9.1	Eintragungsvoraussetzungen
9.2	Eintragung

10	Erbbauzinsreallast
10.1	Rechtsnatur
10.2	Entstehung und Inhalt
10.3	Höhe und Anpassung
10.4	Sozialklausel

Handels-, Gesellschafts- und Umwandlungsrecht

Handels- und Gesellschaftsrecht Kaufmann und Handelsfirma Lehrveranstaltungsstunden: 22

1	Kaufmann
1.1	Überblick
1.1.1	Gewerbebegriff
1.1.2	Betreiben des Gewerbes
1.2	Ist-Kaufmann
1.2.1	Handelsgewerbe
1.2.2	Erfordernis kaufmännischer Einrichtung
1.3	Kann-Kaufmann
1.3.1	Kleingewerbetreibende
1.3.2	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe
1.4	Kaufmann kraft Eintragung
1.5	Schein-Kaufmann
1.5.1	Lehre vom Schein-Kaufmann
1.5.2	Voraussetzungen
1.5.3	Rechtsfolgen
1.6	Form-Kaufmann

2	Handelsfirma
2.1	Überblick
2.1.1	Begriff und Bedeutung
2.1.2	Abgrenzung
2.1.3	Arten
2.1.4	Bildung
2.1.5	Firma und Handelsregister
2.2	Grundsätze des Firmenrechts
2.2.1	Firmenwahrheit
2.2.2	Firmenausschließlichkeit
2.2.3	Firmenbeständigkeit
2.2.4	Firmeneinheit
2.3	Firmenfortführung
2.3.1	Inhaberwechsel unter Lebenden
2.3.2	Inhaberwechsel von Todes wegen
2.3.3	Eintritt eines Teilhabers

2.4	Firmenschutz
2.5	Firma im Rechtsverkehr
2.5.1	Firma im Prozess
2.5.2	Firma im Grundbuch

3	Prokura und Handlungsvollmacht
3.1	Prokura
3.1.1	Erteilung
3.1.2	Person des Prokuristen
3.1.3	Umfang
3.1.4	Besondere Arten
3.1.5	Erlöschen
3.2	Handlungsvollmacht
3.2.1	Erteilung
3.2.2	Umfang
3.3.3	Erlöschen

4	Publizität des Handelsregisters
4.1	Einführung
4.2	Öffentlicher Glaube des Handelsregisters
4.2.1	Negative Publizität
4.2.2	Wirkung richtiger Eintragung und Bekanntmachung
4.2.3	Positive Publizität
4.2.4	Rechtsscheinhaftung

5	Handelsgeschäfte, insbesondere Handelskauf
5.1	Allgemeine Vorschriften über Handelsgeschäfte
5.1.1	Begriff
5.1.2	Zustandekommen durch Schweigen
5.1.3	Besonderheiten bei der Durchführung
5.2	Handelskauf
5.2.1	Begriff
5.2.2	Verzögerungen
5.2.3	Mängelhaftung

Handels- und Gesellschaftsrecht
Personengesellschaften
 Lehrveranstaltungsstunden: 29

1	Einführung in das Gesellschaftsrecht
1.1	Begriff der Gesellschaft
1.2	Einordnung und Abgrenzung der Gesellschaften
1.3	Numerus clausus der Gesellschaftsformen
1.4	Hinweis auf Internationales Gesellschaftsrecht

2	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
2.1	Begriffe und Rechtsgrundlagen
2.2	Erscheinungsformen
2.3	Entstehungsvoraussetzungen
2.3.1	Gesellschaftsvertrag
2.3.2	Gemeinsamer Zweck
2.3.3	Förderungspflicht
2.4	Innenverhältnis im Überblick
2.4.1	Rechte und Pflichten der Gesellschafter
2.4.2	Sonderfall: Geschäftsführung
2.4.3	Ansprüche aus den Rechten und Pflichten der Gesellschafter
2.4.4	Gesellschaftsvermögen
2.4.5	Verfügungen
2.4.6	Beschlussfassung und Beschlussmängelrecht
2.5	Außenverhältnis
2.5.1	Rechtsfähigkeit
2.5.2	Vertretung
2.5.3	Haftung
2.6	Gesellschafterwechsel
2.6.1	Ausscheiden eines Gesellschafters
2.6.2	Eintritt eines Gesellschafters
2.6.3	Übertragung der Gesellschafterstellung
2.6.4	Vererbung der Gesellschafterstellung
2.7	Beendigung
2.7.1	Auflösungsgründe
2.7.2	Abwicklung
2.7.3	Erlöschen
2.8	Eingetragene Gesellschaft bürgerlichen Rechts (eGbR)
2.8.1	Gesellschaftsregister
2.8.2	Besonderheiten der eGbR

2.8.3	Weitere Folgen der Eintragung
2.8.4	Statuswechsel
2.8.5	Ausblick
2.9	Nicht rechtsfähige Innen-GbR

3	Offene Handelsgesellschaft
3.1	Begriff und Rechtsnatur
3.2	Entstehungsvoraussetzungen
3.2.1	Gesellschaftsvertrag
3.2.2	Gemeinsamer Zweck
3.2.3	Förderungspflicht
3.2.4	Gemeinschaftliche Firma
3.2.5	Unbeschränkte Haftung aller Gesellschafter
3.2.6	Wirksamwerden nach außen
3.2.7	Hinweis zur fehlerhaften Gesellschaft
3.3	Innenverhältnis im Überblick
3.3.1	Rechte und Pflichten der Gesellschafter
3.3.2	Ansprüche aus den Rechten und Pflichten
3.3.3	Geschäftsführung
3.3.4	Gesellschaftsvermögen
3.3.5	Beschlussfassung
3.3.6	Beschlusmängelrecht
3.4	Außenverhältnis
3.4.1	Rechtsstellung der oHG
3.4.2	Vertretung
3.4.3	Haftung der oHG
3.4.4	Haftung der Gesellschafter
3.5	Gesellschafterwechsel
3.5.1	Ausscheiden eines Gesellschafters
3.5.2	Eintritt eines Gesellschafters
3.5.3	Übertragung der Gesellschafterstellung
3.5.4	Vererbung der Gesellschafterstellung
3.6	Beendigung
3.6.1	Auflösung
3.6.2	Liquidation
3.6.3	Erlöschen

4	Kommanditgesellschaft
4.1	Begriff und Rechtsnatur
4.2	Entstehungsvoraussetzungen
4.3	Hinweis zum Innenverhältnis
4.4	Außenverhältnis

4.4.1	Rechtsstellung der KG
4.4.2	Vertretung
4.4.3	Haftung
4.4.4	Sonderfälle der Haftung des Kommanditisten
4.5	Beendigung der KG
4.6	GmbH & Co. KG
4.6.1	Begriff und Rechtsnatur
4.6.2	Erscheinungsform
4.6.3	Entstehung
4.6.4	Vertretung

5	Partnerschaftsgesellschaft
5.1	Begriff und Rechtsnatur
5.2	Entstehungsvoraussetzungen
5.3	Hinweis zum Innenverhältnis
5.4	Außenverhältnis
5.4.1	Vertretung
5.4.2	Haftung
5.5	Gesellschafterwechsel und Auflösung
5.6	Beendigung

6	Europäische Wirtschaftliche Interessensvereinigung im Überblick
6.1	Begriff und Rechtsnatur
6.2	Entstehungsvoraussetzungen
6.3	Innenverhältnis
6.3.1	Organe
6.3.2	Rechte und Pflichten der Mitglieder
6.4	Außenverhältnis
6.4.1	Vertretung
6.4.2	Haftung
6.5	Beendigung

Handels- und Gesellschaftsrecht Grundzüge des Kapitalgesellschafts- und Vereinsrechts Lehrveranstaltungsstunden: 16
--

1	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
1.1	Begriff und Rechtsnatur
1.2	Gründung
1.2.1	Gründungsstadien
1.2.2	Abschluss des Gesellschaftsvertrages
1.2.3	Notwendiger Inhalt
1.2.4	Sonstiger Inhalt
1.2.5	Bestellung der Geschäftsführer
1.2.6	Aufbringung des Stammkapitals
1.2.7	Anmeldung zum Handelsregister
1.2.8	Vereinfachte Gründung
1.3	Innenverhältnis
1.3.1	Organe im Überblick
1.3.2	Geschäftsführer
1.3.3	Gesellschafterversammlung
1.3.4	Aufsichtsrat
1.3.5	Rechtsstellung der einzelnen Gesellschafter
1.4	Außenverhältnis
1.4.1	Vertretung
1.4.2	Haftung
1.5	Beendigung
1.5.1	Auflösung
1.5.2	Liquidation
1.5.3	Erlöschen

2	Verein
2.1	Begriff und Rechtsnatur
2.2	Gründung
2.2.1	Gründungsstadien
2.2.2	Muss-Inhalt der Satzung
2.2.3	Soll-Inhalt der Satzung
2.2.4	Kann-Inhalt der Satzung
2.3	Innenverhältnis
2.3.1	Vorstand
2.3.2	Mitgliederversammlung
2.4	Außenverhältnis
2.4.1	Vertretung

2.4.2	Haftung
2.5	Beendigung
2.5.1	Auflösung
2.5.2	Liquidation
2.5.3	Erlöschen

3	Einblick in die Aktiengesellschaft
3.1	Begriff und Rechtsnatur
3.2	Gründung
3.3	Innenverhältnis
3.3.1	Vorstand
3.3.2	Aufsichtsrat
3.3.3	Hauptversammlung
3.4	Außenverhältnis
3.4.1	Vertretung
3.4.2	Haftung
3.5	Beendigung
3.6	Sonderfall: Kommanditgesellschaft auf Aktien

4	Einblick in die Genossenschaft
4.1	Begriff und Rechtsnatur
4.2	Gründung
4.3	Innenverhältnis
4.3.1	Vorstand
4.3.2	Aufsichtsrat
4.3.3	Generalversammlung
4.4	Außenverhältnis
4.4.1	Vertretung
4.4.2	Haftung
4.5	Beendigung

5	Überblick über die juristischen Personen des Privat- rechts
----------	--

Umwandlungsrecht Verschmelzung – Spaltung – Formwechsel Lehrveranstaltungsstunden: 18
--

1	Einführung
1.1	Begriff und Bedeutung
1.2	Gesetzesaufbau
1.3	Umwandlungsarten
1.4	Ablauf des Umwandlungsverfahrens
1.5	Schutzvorschriften

2	Verschmelzung
2.1	Verschmelzungsfähige Rechtsträger
2.2	Verschmelzungsvertrag
2.3	Verschmelzungsbericht
2.4	Verschmelzungsprüfung
2.5	Verschmelzungsbeschluss
2.6	Kapitalerhöhung
2.7	Registereintragung
2.8	Rechtsfolgen der Verschmelzung
2.9	Verschmelzung durch Neugründung

3	Spaltung
3.1	Spaltungsfähige Rechtsträger
3.2	Entsprechende Anwendung des Verschmelzungsrechts
3.3	Spezielles Spaltungsrecht
3.4	Aufspaltung und Abspaltung
3.5	Ausgliederung
3.6	Registereintragung
3.7	Rechtsfolgen der Spaltung
3.8	Spaltung zur Neugründung

4	Formwechsel
4.1	Formwechselfähige Rechtsträger
4.2	Umwandlungsbericht und Gründungsvorschriften
4.3	Umwandlungsbeschluss
4.4	Registereintragung
4.5	Rechtsfolgen des Formwechsels

Gesellschafts- und Wertpapierrecht

Gesellschafts-, Bank- und Wertpapierrecht Bezüge zum Vormundschafts- und Betreuungsrecht Lehrveranstaltungsstunden: 25

1	Bankrecht (Überblick)
1.1	Zahlungsdienste
1.1.1	Begriffbestimmungen
1.1.2	Struktur des Untertitels
1.1.3	Einzelzahlungsvertrag
1.1.4	Zahlungsdienststrahmenvertrag
1.2	Konten
1.2.1	Girokonto
1.2.2	Sparkonto
1.2.3	Depotkonto
1.3	Lastschriftverfahren
1.3.1	SEPA-Basislastschrift
1.3.2	SEPA-Firmenlastschrift
1.3.3	Widerruf und Erstattungsverlangen im Lastschriftverfahren
1.4	Kartengesteuerte Zahlungssysteme
1.4.1	Bankkarte
1.4.2	Kreditkarte

2	Wertpapierrecht (Überblick)
2.1	Begriff des Wertpapiers
2.1.1	Inhaberpapiere
2.1.2	Orderpapiere
2.1.3	Rektapapiere
2.2	Schuldverschreibung auf den Inhaber
2.2.1	Begriff, Wirkung und Übertragung
2.2.2	Nebenpapiere
2.2.3	Inhaberkarten und Inhabermarken
2.2.4	Legitimationspapiere
2.2.5	Namenspapier mit Inhaberklausel
2.3	Anweisung
2.3.1	Begriff der Anweisung allgemein
2.3.2	BGB-Anweisung
2.4	Grundzüge des Wechsel- und Scheckrechts

3	Anlegung von Betreuten- bzw. Mündelgeld in Wertpapieren und sonstigen Rechten
3.1	Andersartige Anlegung nach § 1848 BGB
3.1.1	Anlegung in Rentenwerten
3.1.2	Renditeberechnung festverzinslicher Wertpapiere
3.1.3	Weitere Anlegungsbeispiele
3.2	Depotverwahrung und Hinterlegung von Wertpapieren
3.3	Ausdehnung der Hinterlegungspflicht
3.4	Sperrung von Depot und Hinterlegung
3.5	Anzeigepflichten zur Verwahrung und Hinterlegung
3.6	Genehmigung für Verfügungen über Wertpapiere und Rechte aus Wertpapieren
3.7	Befreiung nach § 1860 BGB

4	Gesellschaftsrecht mit Bezügen zum Betreuungs- und Vormundschaftsrecht
4.1	Betreiben eines Erwerbsgeschäfts
4.2	Verfassungsrechtlicher Minderjährigenschutz
4.2.1	Beschränkung der Minderjährigenhaftung
4.2.2	Ausnahmen
4.2.3	Sonderkündigungsrecht bei Gesellschaften
4.2.4	Minderjähriger als Mitglied einer Erbengemeinschaft
4.2.5	Schutz der Gläubiger
4.3	Der Betreute/Minderjährige als Einzelunternehmer
4.3.1	Geschäftsgründung
4.3.2	Betrieb des Einzelunternehmens
4.3.3	Veräußerung und Beendigung eines Einzelunternehmens
4.3.4	Umwandlung Erbengemeinschaft in Personengesellschaft
4.4	Personengesellschaften
4.4.1	Gesellschaftsvertrag
4.4.2	Betreuer/Minderjähriger als oHG-Gesellschafter oder Komplementär einer KG
4.4.3	Betreuer/Minderjähriger als Kommanditist
4.4.4	Rechtsgeschäftlicher Erwerb eines Gesellschaftsanteils
4.4.5	Erwerb eines Anteils an einer Personengesellschaft von Todes wegen
4.4.6	Änderungen des Gesellschaftsvertrages
4.4.7	Stellung des Betreuten/Minderjährigen in der Gesellschaft
4.4.8	Beendigung der Mitgliedschaft
4.5	BGB-Gesellschaft
4.6	GmbH

4.6.1	Geschäftsgründung
4.6.2	Erwerb eines GmbH-Anteils
4.6.3	Beschlüsse der laufenden Geschäftsführung
4.6.4	Mehrheitsbeschlüsse und Satzungsänderungen
4.6.5	Veräußerung eines GmbH-Anteils
4.7	Aktiengesellschaft
4.8	Genossenschaft
4.9	Stille Gesellschaft und Unterbeteiligung
4.10	Prokura

Internationales Privatrecht

Internationales Privatrecht mit besonderen Bezügen zu Nachlass-, Vormundschafts- und Betreuungssachen

Lehrveranstaltungsstunden: 32

1	Begriff und Aufgabe des Internationalen Privatrechts
2	Arten der Rechtsquellen im deutschen Internationales Privatrecht
3	Kollisionsnormen
3.1	Funktion und Aufbau einer Kollisionsnorm
3.2	Anknüpfungspunkte
4	Gesamtverweisung, Sachnormverweisung; Rechtsspaltung
4.1	Gesamt-, Rück- und Weiterverweisung
4.2	Rechtsspaltung
5	Qualifikation
6	Vorfrage
7	Ordre public
8	Erbrechtliche Fälle mit Auslandsberührung
8.1	Anwendungsbereich der EuErbVO
8.2	Internationale Zuständigkeit in Erbsachen
8.3	Erbstatut – Erbrechtliches Kollisionsrecht
8.3.1	Regelanknüpfung Art. 21 Abs. 1 EuErbVO
8.3.2	Rechtswahl, Art. 22 EuErbVO
8.3.3	Nachlassspaltung
8.3.4	Vindikationslegat
8.3.5	Errichtungsstatut
8.3.6	Formwirksamkeit letztwilliger Verfügungen
8.3.7	Auf Fälle außerhalb der EuErbVO anwendbares Recht
8.4	Das Europäische Nachlasszeugnis
8.4.1	Errichtungsvoraussetzungen
8.4.2	Inhalt

8.4.3	Verfahren
8.4.4	Wirkungen
8.4.5	Verhältnis zu nationalen Erbnachweisen
8.5	Vorrangige Staatsverträge

9	Internationales Familienrecht
9.1	Eheschließung
9.2	Ehewirkungen und Güterrecht (mit Schwerpunkt Grundbucheintragungen; EuGüVO)
9.3	Scheidung; Rom III-VO; Privatscheidungen
9.4	Unterhalt/Scheidungsfolgen
9.5	Abstammung und Anfechtung der Abstammung, Art. 19 und 20 EGBGB
9.6	Annahme als Kind
9.7	Sorge und Vormundschaft
9.7.1	Angeordnete Vormundschaft, Pflegschaft und Sorgeentscheidungen, Art. 15 I KSÜ
9.7.2	Vertretung Minderjähriger kraft Gesetzes, Art. 16 und 17 KSÜ
9.7.3	Internationale Zuständigkeit nach der Brüssel IIb-VO
9.8	Betreuung
9.8.1	Erwachsenenschutzübereinkommen
9.8.2	Art. 24 EGBGB
9.8.3	Internationale Zuständigkeit

10	Kollisionsnormen für sachenrechtliche Fälle
-----------	--

11	Internationales Gesellschafts- und Registerrecht
11.1	Gesellschaftsstatut
11.2	Form und Nachweise für die Eintragung im Grundbuch oder Handelsregister

12	Parteiautonomie und vertragliche Schuldverhältnisse mit Auslandsberührung
-----------	--

13	Außervertragliche Schuldverhältnisse mit Auslandsberührung (Grundzüge)
-----------	---

FamFG

FamFG Verfahren in Familiensachen Lehrveranstaltungsstunden: 10
--

1	Überblick über die familiengerichtlichen Verfahren
2	Zuständigkeiten in Familiensachen
2.1	Der besondere Instanzenzug
2.2	Sachliche Zuständigkeit des Amtsgerichts
2.3	Örtliche Zuständigkeit in Familiensachen
2.4	Funktionelle Zuständigkeit und Rechtspflegerverfahren
3	Ausgewählte verfahrensrechtliche Besonderheiten in Familiensachen
3.1	Wichtige Vorschriften aus dem FamFG – Allgemeiner Teil
3.2	Ehesachen
3.3	Übrige Familiensachen – Schwerpunkt Kindschaftssachen
3.4	Eilverfahren
3.5	Rechtsmittel
3.6	Rechtskraft

Handelsregisterrecht

Handelsregisterrecht Grundlagen Lehrveranstaltungsstunden: 15

1	Bedeutung der Registerführung
1.1	Publizität
1.2	Vertrauen und Schutz
1.3	Kontrolle

2	Einrichtung und Organe
2.1	Aufbau und Inhalt der Register
2.2	Organe im Registerverfahren

3	Eintragungsverfahren
3.1	Anmeldung
3.2	Zuständigkeit
3.3	Eintragungsfähigkeit
3.4	Anmeldepflicht und -berechtigung
3.5	Inhalt
3.6	Weitere Rechtsfolgen
3.7	Form
3.8	Nachprüfung von Amts wegen
3.9	Entscheidung
3.10	Öffentliche Bekanntmachung
3.11	Mitteilungen

4	Zwangs- und Ordnungsgeldverfahren
4.1	Abgrenzung
4.2	Zuständigkeit
4.3	Zwangsgeldverfahren
4.4	Ordnungsgeldverfahren

5	Amtseintragungen
5.1	Anwendungsfälle
5.2	Verfahren

6	Einzelkaufmann
6.1	Erstanmeldungen
6.2	Nachträgliche Änderungen
6.3	Firmenerlöschen

7	Prokura
7.1	Materielles Recht
7.2	Erteilung und Änderungen
7.3	Erlöschen

8	Zweigniederlassungen
8.1	Begriff und Rechtsnatur
8.2	Entstehung
8.3	Firma
8.4	Anmeldungen
8.5	Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen (Hinweis)

9	Verlegung der Hauptniederlassung
9.1	Begriff
9.2	Besonderheiten bei der Prüfung
9.3	Aufgabenverteilung zwischen den beteiligten Gerichten

Handelsregisterrecht Eintragungsvoraussetzungen bei Gesellschaften Lehrveranstaltungsstunden: 32

1	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
1.1	Ersteintragung
1.2	Veränderungen
1.2.1	Änderung des Namens
1.2.2	Sitzverlegung / Änderung der Anschrift
1.2.3	Änderung der Vertretungsregelung
1.2.4	Ausscheiden eines Gesellschafters
1.2.5	Eintritt eines Gesellschafters
1.2.6	Statuswechsel
1.3	Beendigung
1.3.1	Auflösung
1.3.2	Liquidation
1.3.3	Erlöschen der Gesellschaft / Vollbeendigung

2	Offene Handelsgesellschaft
2.1	Anmeldung der Ersteintragung
2.2	Anmeldung von Änderungen
2.2.1	Änderung der Firma
2.2.2	Sitzverlegung
2.2.3	Eintritt eines Gesellschafters
2.2.4	Änderung der Vertretungsregelung
2.2.5	Ausscheiden eines Gesellschafters
2.2.6	Statuswechsel
2.3	Anmeldung bei Beendigung
2.3.1	Auflösung
2.3.2	Liquidation
2.3.3	Erlöschen der Firma und Vollbeendigung
2.3.4	Löschung einer erloschenen Firma

3	Kommanditgesellschaft
3.1	Anmeldung der Ersteintragung
3.2	Anmeldung von Änderungen
3.2.1	Eintritt und Ausscheiden eines Kommanditisten
3.2.2	Sonderrechtsnachfolge und Sondererbfolge
3.2.3	Beteiligungsumwandlung
3.2.4	Erhöhung und Herabsetzung der Kommanditeinlage
3.3	Anmeldung bei Beendigung

3.4	Besonderheiten bei einer GmbH & Co. KG
-----	--

4	Partnerschaftsgesellschaft
4.1	Materieller Hintergrund
4.2	Ersteintragung
4.3	Veränderungen
4.4	Beendigung

5	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
5.1	Anmeldung der Ersteintragung
5.1.1	Formelle Voraussetzungen
5.1.2	Ersteintragung
5.2	Anmeldung von Satzungsänderungen
5.2.1	Begriff
5.2.2	Materielle Voraussetzungen
5.2.3	Wichtige Eintragungsvoraussetzungen
5.2.4	Eintragung
5.3	Anmeldung von Änderungen bei den Geschäftsführern sowie bei deren Vertretungsmacht
5.3.1	Materieller Hintergrund
5.3.2	Wichtige Eintragungsvoraussetzungen
5.4	Anmeldungen bei Beendigung
5.4.1	Auflösung
5.4.2	Liquidation
5.4.3	Beendigung der Liquidation
5.5	Weitere Aufgaben des Registergerichts bei bestehender GmbH
5.5.1	Einreichung einer Gesellschafterliste
5.5.2	Löschungen von Amts wegen
5.5.3	Weitere Aufgaben des Rechtspflegers

6	Verein
6.1	Anmeldung der Ersteintragung
6.1.1	Zuständigkeit
6.1.2	Eintragungsfähigkeit
6.1.3	Anmeldeberechtigung
6.1.4	Inhalt der Anmeldung
6.1.5	Inhalt der Satzung
6.1.6	Form der Anmeldung
6.1.7	Nachprüfung von Amts wegen
6.1.8	Entscheidung
6.2	Anmeldung von Veränderungen

6.2.1	Vorstandsänderung
6.2.2	Satzungsänderungen
6.3	Anmeldungen bei Beendigung
6.3.1	Auflösung
6.3.2	Liquidatoren samt Vertretungsregelung
6.3.3	Beendigung der Liquidation
6.4	Weitere gerichtliche Aufgaben bei bestehendem Verein
6.4.1	Notbestellung eines Vorstandes
6.4.2	Ermächtigung zur Berufung der Mitgliederversammlung
6.4.3	Entziehung der Rechtsfähigkeit
6.4.4	Amtslöschung

7	Einblick in die Aktiengesellschaft
7.1	Anmeldung der Ersteintragung
7.1.1	Formelle Voraussetzungen
7.1.2	Eintragung
7.2	Anmeldung von Satzungsänderungen
7.2.1	Begriff
7.2.2	Materielle Voraussetzungen für Wirksamkeit
7.2.3	Eintragungsvoraussetzungen
7.3	Anmeldung von Änderungen bei den Vorständen
7.3.1	Materieller Hintergrund
7.3.2	Eintragungsvoraussetzungen
7.4	Anmeldung bei Beendigung
7.4.1	Auflösung
7.4.2	Abwickler
7.4.3	Beendigung
7.5	Weitere gerichtliche Pflichten bei bestehender AG (Auswahl)
7.6	Besonderheiten bei der KGaA (Hinweis)

8	Einblick in die Genossenschaft
8.1	Anmeldung der Ersteintragung
8.2	Anmeldung von Veränderungen
8.2.1	Vorstandsänderung
8.2.2	Statutenänderung
8.3	Anmeldungen bei Beendigung
8.4	Weitere Aufgaben bei bestehender Genossenschaft (Hinweis)

Zwangsvollstreckungsrecht

Zwangsvollstreckungsrecht Allgemeine Voraussetzungen Lehrveranstaltungsstunden: 26

1	Allgemeine Grundlagen
1.1	Begriff und Funktion der Zwangsvollstreckung
1.2	Abgrenzung
1.3	Standort und Rechtsquellen
1.4	Parteien
1.5	Verfahrensgrundsätze
1.6	Arten der Zwangsvollstreckung
1.7	Vollstreckungsorgane

2	Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung
2.1	Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen
2.1.1	Antrag des Gläubigers
2.1.2	Zuständigkeiten
2.1.3	Deutsche Gerichtsbarkeit
2.1.4	Zulässigkeit des Rechtswegs
2.1.5	Parteifähigkeit
2.1.6	Prozessfähigkeit
2.1.7	Rechtsschutzbedürfnis
2.2	Allgemeine Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen
2.2.1	Vollstreckungstitel
2.2.1.1	Begriff und Funktion
2.2.1.2	Übersicht über die Titel
2.2.1.3	Vollstreckbarkeit der Titel
2.2.2	Zwangsvollstreckung aus Urteilen
2.2.2.1	Endurteile
2.2.2.2	Rechtskraft
2.2.2.3	Vorläufige Vollstreckbarkeit
2.2.2.4	Sicherheitsleistung
2.2.2.5	Parteienanträge zur vorläufigen Vollstreckbarkeit
2.2.2.6	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung
2.2.3	Weitere Vollstreckungstitel
2.2.4	Vollstreckungsklausel
2.2.4.1	Begriff und Bedeutung
2.2.4.2	Zweck und weitere vollstreckbare Ausfertigung

2.2.4.3	Einfache Klausel
2.2.4.4	Qualifizierte Klauseln
2.2.4.4.1	Titelergänzung
2.2.4.4.2	Titelumschreibung
2.2.4.4.3	Weitere Klauseln
2.2.4.5	Rechtsbehelfe im Klauselerteilungsverfahren
2.2.5	Zustellung
2.2.5.1	Begriff und Bedeutung
2.2.5.2	Gegenstand
2.2.5.3	Adressat
2.2.5.4	Arten
2.2.5.5	Identität
2.2.5.6	Ausnahmen
2.2.5.7	Mängel

Zwangsvollstreckungsrecht Besondere Voraussetzungen/ Vollstreckungshindernisse/Erbenhaftung Lehrveranstaltungsstunden: 12
--

1	Besondere Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen
1.1	Zustellung von Klausel und Urkunden
1.2	Ablauf eines Kalendertages
1.3	Sicherheitsleistung
1.4	Zug-um-Zug-Leistung
1.5	Wartefristen

2	Vollstreckungshindernisse
2.1	Überblick
2.2	Vollstreckungshindernisse nach § 775 ZPO
2.3	Vollstreckungshindernisse nach der InsO
2.4	Vollstreckungsbeschränkte Vereinbarung
2.5	Vollstreckungshindernisse nach der StPO

3	Zwangsvollstreckung in besondere Vermögensmassen
3.1	Nicht rechtsfähiger Verein
3.2	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
3.3	Offene Handels- und Kommanditgesellschaft
3.4	Vermögensnießbrauch
3.5	Gesamtgut
3.6	Nachlass

4	Exkurs: Erbenhaftung
4.1	Übergang von Schulden und Haftung
4.2	Arten der Nachlassverbindlichkeiten
4.3	Ermittlung und Geltendmachung
4.4	Inventarerrichtung
4.5	Nachlassverwaltung
4.6	Einreden des Erben
4.7	Haftung der Miterben
4.8	Haftung der Vor- und Nacherben

Zwangsvollstreckungsrecht Gerichtsvollziehertätigkeit Lehrveranstaltungsstunden: 14
--

1	Zwangsvollstreckung wegen Geldforderung in bewegliche Sachen
1.1	Gerichtsvollzieher als Vollstreckungsorgan
1.2	Zulässigkeitsvoraussetzungen
1.3	Funktionelle Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers
1.3.1	Bewegliche – unbewegliche Sachen
1.3.2	Bewegliche Sachen, die nicht der Mobiliarzwangsvollstreckung unterliegen
1.3.3	Pfändung ungetrennter Grundstücksbestandteile im Wege der Mobiliarvollstreckung
1.3.4	Abgrenzung zur Vollstreckung in Rechte
1.3.5	Gewahrsam an der zu pfändenden Sache
1.3.6	Einschränkungen der Pfändungsgegenstände

2	Durchführung der Zwangsvollstreckung durch den Gerichtsvollzieher
2.1	Freiwillige Leistung des Schuldners
2.2	Pfändungsmodalitäten

3	Rechtswirkungen der Pfändung
----------	-------------------------------------

4	Erlöschen von Verstrickung und Pfändungspfandrecht
----------	---

5	Verwertung der gepfändeten Sache und die Verteilung des Erlöses
5.1	Verwertung der gepfändeten Sache
5.2	Verteilung des Erlöses auf mehrere Gläubiger
5.3	Eilmaßnahmen im Rahmen der Verwertung

6	Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen
6.1	Bewegliche Sachen
6.2	Unbewegliche Sachen

7	Handlungs-, Duldungs- und Unterlassungsvollstreckung
----------	---

8	Zwangsvollstreckung zur Erlangung von Willenserklärungen
----------	---

9	Eidesstattliche Vermögensauskunft
9.1	Voraussetzungen
9.2	Verfahrensablauf
9.3	Schuldnerverzeichnis
9.4	Widerspruchsverfahren vor dem Rechtspfleger

Zwangsvollstreckungsrecht Rechtsbehelfe Lehrveranstaltungsstunden: 11
--

1	Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung
1.1	Überblick
1.2	Vollstreckungserinnerung
1.3	Sofortige Beschwerde
1.4	Vollstreckungsgegenklage
1.5	Drittwiderrspruchsklage
1.6	Klage auf vorzugsweise Befriedigung
1.7	Eilanordnungen
1.8	Vollstreckungsschutz

Zwangsvollstreckungsrecht Forderungspfändung Lehrveranstaltungsstunden: 26

1	Allgemeines zur Forderungspfändung
1.1	Rechtsgrundlagen
1.2	Verfahrensablauf
1.3	Grundprinzipien

2	Pfändung von Geldforderungen
2.1	Voraussetzungen
2.1.1	Zuständigkeit
2.1.2	Antrag
2.1.3	Bestehen einer Forderung und Rechtsinhaberschaft des Schuldners
2.1.4	Pfändbarkeit der Forderung
2.1.5	Keine Pfändungsverbote oder -beschränkungen
2.1.6	Keine Abtretungsverbote
2.1.7	Verfahren
2.2	Pfändungsbeschluss
2.2.1	Rechtsnatur
2.2.2	Inhalt
2.2.3	Bekanntmachung und Wirksamwerden
2.2.4	Rechtsbehelfe
2.3	Umfang der Pfändung
2.3.1	Haupt- und Nebenforderung
2.3.2	Teilpfändung
2.4	Wirkungen der Pfändung
2.4.1	Allgemeines
2.4.2	Rechtsstellung des Gläubigers
2.4.3	Rechtsstellung des Schuldners
2.4.4	Rechtsstellung des Drittschuldners
2.5	Vorpfändung
2.5.1	Voraussetzungen
2.5.2	Durchführung
2.5.3	Wirkung
2.5.4	Rechtsbehelf

3	Verwertung von Geldforderungen
3.1	Überweisung
3.1.1	Überweisung zur Einziehung
3.1.2	Überweisung an Zahlungs statt
3.2	Andersartige Verwertung

4	Zwangsvollstreckung in besondere Geldforderungen
4.1	Hypothekenforderungen
4.1.1	Pfändung
4.1.2	Verwertung
4.2	Wertpapiere und verbrieft Forderungen

5	Zwangsvollstreckung in Ansprüche auf Herausgabe oder Leistung einer Sache
5.1	Bewegliche Sache
5.1.1	Pfändung
5.1.2	Verwertung
5.2	Unbewegliche Sachen
5.2.1	Herausgabeanspruch
5.2.2	Übereignungsanspruch

6	Zwangsvollstreckung in andere Vermögensrechte
6.1	Allgemeines zu pfändbaren Vermögensrechten
6.2	Rechte an Grundstücken
6.3	Anteilsrechte
6.3.1	Bruchteilsgemeinschaft
6.3.2	Gesamthandsgemeinschaft
6.3.3	Gesellschaften
6.4	Anwartschaftsrechte
6.4.1	Bewegliche Sachen
6.4.2	Unbewegliche Sachen
6.4.3	Rechte am Beispiel des Nacherbenrechts
6.5	Hinweis auf Immaterialgüterrechte

Zwangsvollstreckungsrecht Pfändung von Lohn- und Lohnersatzleistungen Lehrveranstaltungsstunden: 20
--

1	Pfändung von Arbeitseinkommen und Lohnersatzleistungen
1.1	Definition des Arbeitseinkommens
1.2	Unpfändbare Einkommensteile
1.3	Bedingte pfändbare Ansprüche
1.4	Pfändungsfreigrenze
1.5	Pfändung wegen Unterhaltsansprüchen
1.6	Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte

2	Entscheidungen des Vollstreckungsgerichts zum Pfändungsschutz
2.1	Außerachtlassung von Unterhaltspflichten
2.2	Zusammenrechnung mehrerer Einkünfte
2.3	§ 850f ZPO

3	Pfändung von Sozialleistungen
----------	--------------------------------------

4	Pfändungsschutzkonto/Grundsätze
4.1	Bedeutung
4.2	Einrichtung eines Pfändungsschutzkontos
4.3	Pflichten des Kreditinstituts
4.4	Verhinderung von Rechtsmissbrauch
4.5	Kontogebühren

5	Pfändungsschutzkonto/Umfang des Pfändungsschutzes
5.1	Erfassung der Kontoguthaben
5.2	Sockelfreibetrag
5.3	Nicht verbrauchtes Guthaben
5.4	Erhöhung des Sockelfreibetrages
5.5	Weitere Erhöhung der Freibeträge
5.6	Pfändung „an der Quelle“
5.7	Erhöhung des Freibetrages bei Mehrbedarf
5.8	Reduzierung der Freibeträge
5.9	Bestimmung der Freibeträge bei Unterhaltspfändung
5.10	Besonderheiten bei Sozialleistungen
5.11	Verrechnungsverbot bei sonstigen Gutschriften

Zwangsvollstreckungsrecht Europäische Vollstreckung Lehrveranstaltungsstunden: 8

1	Internationale Zwangsvollstreckung
1.1	Bedeutung
1.2	Grundlagen

2	Vollstreckung in EU-Mitgliedstaaten
2.1	Gemeinschaftsrecht/EuGWVO
2.2	Nationale Ausführungsbestimmungen

3	Bi- und Multilaterale Vollstreckungsübereinkommen
----------	--

4	Auslandsmahnverfahren
4.1	Zulässigkeit
4.2	Örtliche Zuständigkeit
4.3	Internationale Zuständigkeit
4.3.1	Gemeinschaftsrecht
4.3.2	Nationales Recht

5	Der Europäische Vollstreckungstitel
5.1	Allgemeines
5.1.1	Zweck
5.1.2	Begriffsbestimmungen
5.1.3	Vollstreckungsverfahren und Vollstreckungsorgane
5.2	Voraussetzungen an den Titel
5.2.1	Grundvoraussetzungen der Bestätigung
5.2.2	Weitere Voraussetzungen der Bestätigung
5.3	Das Bestätigungsverfahren
5.3.1	Zuständigkeiten
5.3.2	Verwendung von Formblättern
5.3.3	Berichtigung und Widerruf der Bestätigung
5.3.4	Vorzulegende Unterlagen bei Auslandsvollstreckung nach Bestätigung
5.4	Sonstiges
5.4.1	Aufhebung der bestätigten Entscheidung nach Rechtsbehelfseinlegung
5.4.2	Kosten

6	Europäisches Mahnverfahren
6.1	Allgemeines
6.2	Anwendungsbereich
6.3	Zuständigkeiten
6.4	Beantragung des Europäischen Zahlungsbefehls und gerichtliche Prüfung
6.5	Erlass und Vollstreckbarkeit
6.6	Einspruch
6.7	Kosten

7	Europäisches Verfahren für geringfügige Forderungen
7.1	Allgemeines
7.2	Anwendungsbereich
7.3	Zuständigkeiten
7.4	Verfahrenseinleitung
7.5	Verfahrensgrundsätze
7.6	Vollstreckung

Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht Rechtsantragsstelle Einstweiliger Rechtsschutz in Zivil- und Familiensachen Lehrveranstaltungsstunden: 14
--

1	Rechtsantragstelle
1.1	Grundlagen
1.2	Ausgewählte Fälle aus den Bereichen Zivilprozess-, Zwangsvollstreckungs- und Familienrecht

2	Bedeutung und Zweck der Eilverfahren
----------	---

3	Arrest
3.1	Anordnung
3.1.1	Ausgangspunkt
3.1.2	Zulässigkeit und Begründetheit
3.1.3	Verfahren
3.1.4	Inhalt der Arrestentscheidung
3.1.5	Abgrenzung zur Hauptsacheklage
3.2	Vollziehung

4	Einstweilige Verfügung
4.1	Anordnung
4.1.1	Arten
4.1.2	Zulässigkeit und Begründetheit
4.1.3	Besonderheiten des Verfahrens
4.2	Vollziehung
4.3	Haftung

5	Vorläufiger Rechtsschutz nach dem Gewaltschutzgesetz
5.1	Materiell-rechtliche Grundlagen
5.2	Verfahrensfragen

Immobilienvollstreckungsrecht

Immobilienvollstreckungsrecht Zwangssicherungshypothek, Anordnung der Zwangsversteigerung Lehrveranstaltungsstunden: 22

1	Einführung
1.1	Arten der Immobilienvollstreckung
1.2	Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung in besonderen Fällen
1.3	Verfahrensgrundsätze
1.4	Gegenstand und Umfang der Immobilienvollstreckung
1.5	Abgrenzung zur Mobilienvollstreckung

2	Zwangssicherungshypothek
2.1	Allgemeines
2.2	Entstehungsvoraussetzungen
2.3	Prüfungspflicht des Grundbuchamtes
2.4	Antragsmängel
2.5	Eintragung im Grundbuch
2.6	Verwaltungsvollstreckung
2.7	Sicherungsvollstreckung und Arresthypothek
2.8	Verwertung der Zwangssicherungshypothek und Rechtsbehelfe

3	Zwangsversteigerung
3.1	Regelung, Zuständigkeit, Zustellung
3.2	Beteiligte
3.3	Anordnung und Beitritt zum Verfahren
3.4	Anordnungsverfahren
3.4.1	Allgemeines
3.4.2	Grundbuchersuchen
3.5	Grundstücksbeschlagnahme
3.6	Beitritt

4	Befriedigungsansprüche und Rangklassen
4.1	Bedeutung des § 10 ZVG
4.2	Berücksichtigung der Rechte
4.3	Rangklassen
4.4	Kosten der Rechtsverfolgung
4.5	Wiederkehrende Leistungen

5	Veräußerungs- und Verfügungsbeschränkungen
5.1	Veräußerung nach Beschlagnahme
5.2	Entgegenstehende Rechte
5.2.1	Dritteigentum
5.2.2	Auflassungsvormerkung
5.2.3	Verfügungsbeschränkungen nach § 28 Abs. 2 ZVG

Immobilienvollstreckungsrecht Versteigerungsbedingungen und Zuschlagserteilung Lehrveranstaltungsstunden: 30

1	Zwangsversteigerungsverfahren
1.1	Verfahren bis zum Versteigerungstermin
1.1.1	Festsetzung des Grundstückswerts
1.1.2	Einstellung des Verfahrens (§§ 30 ff ZVG)
1.1.3	Terminbestimmung und -bekanntmachung einschließlich Fristen und Akteneinsicht
1.2	Geringstes Gebot und Versteigerungsbedingungen
1.2.1	Geringstes Gebot
1.2.1.1	Begriff und Bedeutung; Deckungsgrundsatz
1.2.1.2	Berücksichtigung von Rechten im geringsten Gebot und deren Anmeldung
1.2.1.3	Aufstellung des geringsten Gebots, insbesondere Behandlung der Hypothek und Grundschuld sowie der Grundstücksbelastungen
1.2.1.4	Geringstes Gebot bei einem von mehreren Gläubigern betriebenen Verfahren
1.2.2	Versteigerungsbedingungen
1.2.2.1	Bedeutung der gesetzlichen Versteigerungsbedingungen
1.2.2.2	Gegenstand der Versteigerung; Zubehör
1.2.2.3	Einzelne Rechte und Pflichten des Erstehers
1.2.2.4	Abweichende Versteigerungsbedingungen und gesonderte Verwertung

2	Versteigerungstermin
2.1	Versteigerungstermin bis zum Bietbeginn
2.2	Bietzeit, Gebot und Erlöschen
2.3	Sicherheitsleistung
2.4	Mindestgebot, Meistgebot unter 50% des Grundstückswertes, Einstellungsfälle und Ablösung im Versteigerungstermin
2.5	Abschluss des Versteigerungstermins mit Verhandlung über den Zuschlag
2.6	Protokoll über den Versteigerungstermin

3	Zuschlag
3.1	Zuschlagsberechtigte
3.2	Versagungsgründe
3.3	Zuschlagsbeschluss; Inhalt, Wirkungen, Verkündung und Zustellung
3.4	Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot
3.5	Rechtsbehelfe

4	Versteigerung mehrerer Grundstücke in einem Verfahren
4.1	Verfahrensverbinding
4.2	Einzel-, Gruppen- und Gesamtausgebot mehrerer Grundstücke
4.3	Verteilung eines dem betreibenden Gläubiger vorgehenden Gesamtgrundpfandrechts

5	Besonderheiten der Zwangsversteigerung
5.1	Versteigerung eines Erbbaurechts
5.2	Versteigerung eines Wohnungseigentums

Immobilienvollstreckungsrecht Erlösverteilung Lehrveranstaltungsstunden: 26
--

1	Verteilung des Versteigerungserlöses
1.1	Verteilungstermin; Bestimmung und Vorbereitung
1.2	Aufstellung des Teilungsplans
1.2.1	Feststellung der Teilungsmasse
1.2.2	Feststellung der bestehenden Rechte
1.2.3	Feststellung der Schuldenmasse unter eingehender Behandlung der Grundpfandrechte, insbesondere der Sicherungsgrundschuld
1.2.4	Aufnahme des Wertersatzes für erloschene andere Rechte
1.2.5	Behandlung bedingter und betagter Rechte im Teilungsplan und bei Erlösverteilung
1.3	Verhandlung über den Teilungsplan; Widerspruch gegen den Teilungsplan
1.4	Ausführung des Teilungsplans
1.4.1	Zahlung des baren Meistgebots
1.4.2	Nichtzahlung des baren Meistgebots
1.5	Behandlung der Zuzahlung bei Erlösverteilung
1.6	Erlösverteilung bei unbekanntem Berechtigten mit Hinweisen zu seiner Ermittlung
1.7	Behandlung des Wertersatzes für fremdes Eigentum, insbesondere Zubehör, bei Erlösverteilung
1.8	Besonderheiten der Liegenbelassungsvereinbarung bei Erlösverteilung
1.9	Erlösverteilung bei Gesamtausgebot und Gesamtrechten
1.10	Behandlung der Grundpfandrechtsbriefe und Vollstreckungstitel

2	Grundbuchersuchen und Sicherungshypothek
2.1	Eintragungersuchen
2.2	Ersuchen um Eintragung von Sicherungshypotheken bei Nichtzahlung; Rang

3	Gesetzlicher Lösungsanspruch und Lösungsvermerk
4	Vollstreckbarkeit übertragender Forderungen; Wiederversteigerung
5	Außergerichtliche Erlösverteilung und Befriedigung
6	Erweiterte Befriedigung des Erstehers

Immobilienvollstreckungsrecht Teilungsversteigerung und Zwangsverwaltung Lehrveranstaltungsstunden: 16

1	Zwangsversteigerungen zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft
1.1	Aufhebungsanspruch bei Bruchteils- oder Gesamthandsgemeinschaft
1.2	Antrag und Anordnung des Verfahrens
1.3	Einstweilige Einstellung auf Antrag eines Miteigentümers
1.4	Besonderheiten der Teilungsversteigerung
1.5	Geringstes Gebot
1.6	Verteilung des Versteigerungserlöses

2	Zwangsverwaltung
2.1	Anordnung und Beitritt; Zwangsverwaltung gegen den Eigenbesitzer
2.2	Umfang und Wirkungen der Beschlagnahme; Wohnrecht des Schuldners
2.3	Stellung und Aufgaben des Zwangsverwalters mit Hinweisen auf Instituts- und Schuldnerverwalter
2.4	Verteilung der Nutzungen des Grundstücks
2.4.1	Zu berücksichtigende Ansprüche
2.4.2	Inhalt, Aufstellung und Änderung des Teilungsplans
2.4.3	Zahlung an die Berechtigten
2.5	Aufhebung des Verfahrens

3	Hinweise zur Zwangsversteigerung und -verwaltung auf Antrag des Insolvenzverwalters
----------	--

4	Hinweise zur Zwangsversteigerung auf Antrag des Erben
----------	--

Insolvenzrecht

Insolvenzrecht Eröffnungsverfahren Lehrveranstaltungsstunden: 13

1	Grundlagen
1.1	Ziele des Insolvenzverfahrens
1.1.1	Gemeinschaftliche Gläubigerbefriedigung
1.1.2	Insolvenzplan als Instrument der Sanierung
1.1.3	Restschuldbefreiung
1.2	Ablauf eines Regelinsolvenzverfahrens im Überblick
1.3	Besonderheiten eines Verbraucherinsolvenzverfahrens
1.3.1	Außergerichtliches und gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren
1.3.2	Schuldnerberatung
1.4	Allgemeine Vorschriften der InsO
1.4.1	Zuständigkeiten
1.4.2	Verfahrensvorschriften
1.4.3	Rechtsbehelfe

2	Eröffnungsverfahren
2.1	Voraussetzungen für die Eröffnung eines Regelinsolvenzverfahrens
2.2	Insolvenzantrag
2.2.1	Antragsberechtigung des Schuldners
2.2.2	Antragsberechtigung der Gläubiger und besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen
2.2.3	Antragsrücknahme
2.3	Eröffnungsgrund
2.3.1	Zahlungsunfähigkeit
2.3.2	Drohende Zahlungsunfähigkeit
2.3.3	Überschuldung
2.4	Vorläufige Sicherungsmaßnahmen
2.4.1	Anordnung
2.4.2	Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters
2.4.3	Verfügungsverbot und -beschränkung
2.4.4	Weitere mögliche Maßnahmen
2.5	Abweisung mangels kostendeckender Masse
2.6	Eröffnungsbeschluss

2.6.1	Inhalt
2.6.2	Bekanntmachung und Registereintragungen
2.6.3	Rechtsmittel

Insolvenzrecht Wirkungen der Insolvenzeröffnung Lehrveranstaltungsstunden: 25
--

1	Wirkungen der Insolvenzeröffnung
----------	---

2	Auswirkungen auf den Insolvenzschuldner
----------	--

3	Insolvenzmasse
3.1	Erfasstes Vermögen
3.2	Unpfändbare Gegenstände
3.3	Freigabe von Massegegenständen
3.3.1	Begriff
3.3.2	Zulässigkeit
3.3.3	Freigabeerklärung
3.3.4	Wirkungen
3.3.5	Unechte Freigabe

4	Insolvenzverwalter
4.1	Rechtsstellung
4.2	Bestellung
4.3	Aufsicht durch das Gericht; Haftung
4.4	Vergütungsanspruch
4.5	Aufgaben

5	Insolvenzgläubiger
5.1	Einteilung nach der Verfahrenseröffnung
5.2	Begriff
5.3	Nachrangige Insolvenzgläubiger
5.4	Behandlung atypischer Insolvenzforderungen
5.4.1	Familienrechtliche Ansprüche
5.4.2	Nicht fällige und auflösend bedingte Forderungen
5.4.3	Aufschiebend bedingte Forderungen
5.4.4	Gesamtschuldner
5.4.5	Nicht auf Geld gerichtete Ansprüche
5.5	Organisation der Insolvenzgläubiger
5.5.1	Gläubigerversammlung
5.5.2	Gläubigerausschuss

6	Aussonderung, Absonderung, Massegläubiger
6.1	Aussonderung

6.1.1	Begriff
6.1.2	Ersatzaussonderung
6.2	Absonderung
6.2.1	Begriff und Absonderungsrechte
6.2.2	Absonderungsberechtigter
6.3	Masseverbindlichkeiten
6.3.1	Begriff und Bedeutung
6.3.2	Einzelne Masseverbindlichkeiten

7	Weitere Wirkungen der Verfahrenseröffnung
7.1	Verfügungsbeschränkungen
7.1.1	Verfügungsbefugnis des Insolvenzverwalters
7.1.2	Verfügungen des Insolvenzschuldners
7.1.3	Leistungen an den Schuldner
7.2	Beschränkung der Einzelzwangsvollstreckung
7.2.1	Übersicht anhand des Verfahrensablaufs
7.2.2	„Rückschlagsperre“
7.2.3	Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung

8	Aufrechnung im Insolvenzverfahren
8.1	Bedeutung für die Masse
8.2	Eintritt der Aufrechnungslage im Verfahren
8.2.1	Erhaltung der bestehenden Aufrechnungslage
8.2.2	Späterer Eintritt der Aufrechnungslage
8.2.3	§ 95 Abs. 2 InsO mit Übersicht
8.3	Ausschluss der Aufrechnung
8.4	Aufrechnung und Anfechtung

Insolvenzrecht Abwicklung „schwebender“ Verträge Lehrveranstaltungsstunden: 15

1	Einschränkung der Rechtsverfolgung
1.1	Geltendmachung der persönlichen Haftung eines Gesellschafters, § 93 InsO
1.2	Laufende Aktiv- und Passivprozesse
1.2.1	Verfahrensunterbrechung, § 240 ZPO
1.2.2	Aufnahme von Aktivprozessen, § 85 InsO
1.2.3	Aufnahme von Passivprozessen, § 86 InsO

2	Abwicklung von „schwebenden“ Verträgen
2.1	Wahlrecht des Insolvenzverwalters
2.1.1	Erarbeitung der §§ 103ff. InsO
2.1.2	Voraussetzung für das Wahlrecht
2.1.3	Rechtsfolgen und Dogmatik
2.1.4	Regelungen der §§ 104, 105 InsO
2.1.5	Vormerkungsgesicherte Ansprüche
2.1.6	Eigentumsvorbehalt
2.2	Besondere Schuldverhältnisse
2.2.1	Dauerschuldverhältnisse
2.2.2	Dienstverhältnisse
2.2.3	Auftrag, Geschäftsbesorgung, Vollmacht

3	Sozialplan
3.1	Begriff
3.2	Bedeutung im Insolvenzverfahren
3.3	Nachrangige Masseverbindlichkeiten

Insolvenzrecht Insolvenzanfechtung, Vergütungs- und Steuerfragen Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Insolvenzanfechtung
1.1	Grundgedanken und Ziele
1.2	Begriff und Zeitpunkt der Rechtshandlung nach § 129 InsO
1.3	Gläubigerbenachteiligung
1.4	Anfechtungstatbestände
1.5	Einschränkung der Anfechtung
1.6	Rechtsfolgen
1.7	Schutz des Anfechtungsgegners
1.8	Anfechtung gegen Rechtsnachfolger
1.9	Verjährung und Folgen der Anfechtung

2	Verwaltung der Insolvenzmasse
2.1	Übernahme und Sicherung
2.2	Auflistung und Bilanzierung

3	Verwertung der Masse
3.1	Vorbereitung der Verwertung
3.2	Zustimmungsbedürftige Rechtshandlungen des Verwalters
3.3	Behandlung von Absonderungsrechten

4	Vergütungsfragen
----------	-------------------------

5	Grundzüge: Steuern im Insolvenzverfahren
----------	---

Insolvenzrecht Forderungsprüfung, Verfahrensbeendigung und Restschuldbefreiung Lehrveranstaltungsstunden: 22

1	Prüfung der Insolvenzforderungen
1.1	Anmeldung und Eintrag der Forderung
1.2	Prüfungstermin
1.3	Verfolgung bestrittener Forderungen

2	Verteilung des Verwertungserlöses und Verfahrensaufhebung
2.1	Allgemeines
2.2	Verteilungsverzeichnis
2.3	Ausgleich von Verteilungsfehlern
2.4	Verfahrensaufhebung

3	Einstellung des Verfahrens
3.1	Massearmut
3.2	Masseunzulänglichkeit
3.3	Sonstige Einstellungsgründe
3.4	Verfahrensablauf

4	Restschuldbefreiung
4.1	Anwendungsbereich
4.2	Voraussetzungen
4.3	Entscheidungszeitpunkt
4.4	Versagung; Ankündigung
4.5	Verfahrenssystematik
4.6	Wohlverhaltensperiode
4.6.1	Vollstreckungsverbot
4.6.2	Schuldnerobliegenheiten
4.6.3	Treuhänder
4.6.4	Pflichtverletzung
4.7	Endgültige Entscheidung über die Erteilung der Restschuldbefreiung
4.7.1	Gläubigeranträge
4.7.2	Wirkungen bei Erteilung
4.8	Widerruf der Restschuldbefreiung

5	Planverfahren
----------	----------------------

6	Eigenverwaltung
7	Nachlassinsolvenzverfahren
7.1	Antragspflicht und -recht
7.2	Folgen der Verfahrenseröffnung
8	Grundzüge des Konzerninsolvenzverfahrens
9	Grundzüge des Unternehmensstabilisierungs- und Restrukturierungsgesetz – StaRUG

Straf-, Strafprozess- und Strafvollstreckungsrecht

Strafrecht – Allgemeiner Teil Vorsatzdelikt Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Staatlicher Strafanspruch
1.1	Architektur des Strafanspruchs
1.2	Wichtige Begriffe

2	Strafrechtliche Subsumtion
2.1	Technik
2.2	Gutachten- und Urteilsstil

3	Einteilung der Delikte
----------	-------------------------------

4	Rechtsgut im Strafrecht
4.1	Begriff
4.2	Bedeutung

5	Vorsätzliches Begehungsdelikt
5.1	Allgemeine Aufbauhinweise
5.2	Tatbestandsmäßigkeit
5.2.1	Kein Tatbestand ohne Handlung im Sinne des Strafrechts
5.2.2	Erfordernis der Kausalität bei Erfolgsdelikten
5.2.3	Subjektiver Tatbestand
5.2.3.1	Vorsatz
5.2.3.2	Sonstige subjektive Tatbestandsmerkmale
5.3	Rechtswidrigkeit
5.3.1	Regel-Ausnahme-Verhältnis
5.3.2	Rechtfertigungsgründe im Einzelnen
5.3.2.1	Notwehr
5.3.2.2	Notstand

6	Schuld
6.1	Regel-Ausnahme-Verhältnis
6.2	Elemente der Schuld
6.2.1	Schuldfähigkeit
6.2.2	Entschuldigungsgründe

6.3	Actio libera in causa bei Erfolgsdelikten
7	Versuchtes vorsätzliches Begehungsdelikt
7.1	Vorbereitung, Versuch und Vollendung
7.2	Aufbau der Versuchsstraftat
7.3	Untauglicher Versuch
7.4	Rücktritt vom Versuch

Strafrecht – Allgemeiner Teil Fahrlässigkeit und Irrtum Lehrveranstaltungsstunden: 16
--

1	Aufbau der Deliktsprüfung
1.1	Grundsätzliche Aufbauhinweise
1.2	Vertiefung
1.2.1	Objektive Bedingung der Strafbarkeit
1.2.2	Regelbeispiele
1.2.3	Qualifizierte und erfolgsqualifizierte Delikte
1.2.4	Sonstige Prüfungspunkte

2	Täterschaft und Teilnahme
2.1	Formen der Täterschaft
2.2	Anstiftung
2.3	Beihilfe
2.4	Grundsatz der limitierten Akzessorietät
2.5	Abgrenzung der Täterschaft von der Teilnahme bzw. der mittelbaren Täterschaft von der Anstiftung
2.6	Besondere persönliche Merkmale

3	Unterlassungsdelikt
3.1	Abgrenzung von Tun und Unterlassen
3.2	Echte Unterlassungsdelikte
3.3	Unechtes Unterlassungsdelikt
3.3.1	Garantenpflicht
3.3.2	Entsprechungsklausel
3.4	Aufbauschema für das unechte Unterlassungsdelikt

4	Fahrlässigkeitsdelikt
4.1	Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit
4.2	Prüfungsaufbau und Sonderfälle

5	Irrtum des Täters
5.1	Tatbestandsirrtum
5.2	Sonderfälle des error in persona und der aberratio ictus als Irrtum über die Kausalität
5.3	Irrtum über die Rechtswidrigkeit; Erlaubnistatbestandsirrtum
5.4	Irrtum über Elemente der Schuld; Verbotsirrtum

6	Konkurrenzen (Einblick)
6.1	Grundsätze
6.2	Unechte Gesetzeskonkurrenz
6.2.1	Spezialität
6.2.2	Subsidiarität
6.2.3	Konsumtion
6.3.	Tateinheit und Tatmehrheit
6.4	Bedeutung und Bearbeitung der Konkurrenten in Klausur und Praxis

Strafrecht – Besonderer Teil
Einzelne ausgewählte Delikte
Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Straftaten gegen die Person
1.1	Straftaten gegen das Leben (Tötungsdelikte)
1.1.1	Allgemeines
1.1.2	Mord
1.1.3	Totschlag
1.1.4	Tötung auf Verlangen
1.1.5	Fahrlässige Tötung
1.2	Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit
1.2.1	Allgemeines
1.2.2	Einfache Körperverletzung
1.2.3	Gefährliche und schwere Körperverletzung
1.2.4	Fahrlässige Körperverletzung
1.3	Straftaten gegen die persönliche Freiheit oder den persönlichen Lebensbereich
1.3.1	Allgemeines
1.3.2	Freiheitsberaubung
1.3.3	Nötigung
1.3.4	Bedrohung
1.3.5	Hausfriedensbruch
1.4	Straftaten gegen die Ehre
1.4.1	Allgemeines
1.4.2	Beleidigung
1.4.3	Üble Nachrede
1.4.4	Verleumdung

2	Straftaten gegen Gemeinschaftswerte
2.1	Urkundsdelikte
2.1.1	Schutzzwecke und Urkundsbegriff
2.1.2	Urkundenfälschung
2.1.3	Mittelbare Falschbeurkundung
2.1.4	Falschbeurkundung im Amt
2.2	Delikte gegen die Rechtspflege oder Staatsgewalt
2.2.1	Allgemeines
2.2.2	Strafvereitelung
2.2.3	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
2.2.4	Falsche Verdächtigung
2.2.5	Vortäuschen einer Straftat

2.2.6	Falsche uneidliche Aussage und Meineid
2.2.7	Falsche Versicherung an Eides Statt
2.2.8	Fahrlässiger Falscheid und fahrlässige Versicherung an Eides Statt
2.3	Straftaten im Amt
2.3.1	Allgemeines; Begriff des Amtsträgers
2.3.2	Vorteilsannahme
2.3.3	Bestechlichkeit
2.3.4	Vorteilsgewährung und Bestechung
2.3.5	Rechtsbeugung
2.3.6	Vollstreckung gegen Unschuldige (Grundzüge)

3	Verkehrsdelikte
3.1	Allgemeines
3.2	Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort
3.3	Trunkenheit im Verkehr und Straßenverkehrsgefährdung

4	Vermögensdelikte
4.1	Übersicht
4.2	Straftaten gegen das Eigentum
4.2.1	Sachbeschädigung
4.2.2	Diebstahl
4.2.3	Unterschlagung
4.2.4	Raub und räuberische Erpressung
4.3	Straftaten gegen das Vermögen
4.3.1	Betrug
4.3.2	Erpressung und räuberische Erpressung
4.3.3	Untreue (Grundzüge)
4.3.4	Hehlerei (Grundzüge)

Strafprozessrecht Lehrveranstaltungsstunden: 30
--

1	Einführung
1.1	Gliederung des Strafverfahrens
1.2	Der Tatbegriff der StPO
1.3	Wichtige Grundbegriffe der StPO

2	Vorverfahren
2.1	Einleitung des Vorverfahrens
2.2	Verfahrensbeteiligten
2.2.1	Polizei
2.2.2	Staatsanwaltschaft
2.2.3	Ermittlungsrichter
2.2.4	Beschuldigter
2.2.5	Verteidiger
2.2.6	Zeugen
2.3	Durchführung der Ermittlungen
2.3.1	Vernehmung des Beschuldigten
2.3.2	Weitere Ermittlungsmaßnahmen (Auswahl)
2.3.3	Untersuchungshaft
2.3.4	Vorläufige Festnahme
2.4	Abschluss des Ermittlungsverfahrens
2.4.1	Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO
2.4.2	Einstellung nach dem Opportunitätsprinzip
2.4.3	Strafklageverbrauch durch Einstellung?
2.4.4	Anklageerhebung zum zuständigen Gericht

3	Zwischenverfahren
----------	--------------------------

4	Hauptverfahren
4.1	Übersicht über den Gang der Hauptverhandlung (Normalfall)
4.2	Einzelfragen zur Hauptversammlung
4.2.1	Beweisaufnahme
4.2.2	Öffentlichkeitsgrundsatz
4.2.3	Mündlichkeitsgrundsatz
4.2.4	Unmittelbarkeitsgrundsatz
4.2.5	Verwertungsverbote
4.2.6	Beweiswürdigung
4.2.7	Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts

4.2.8	Anwesenheitsgrundsatz
4.3	Aufbau eines Strafurteils

5	Besondere Verfahrensarten
5.1	Strafbefehlsverfahren
5.2	Beschleunigtes Verfahren

6	Allgemeine Vorschriften über Rechtsmittel
6.1	Devolutiv- und Suspensiveffekt
6.2	Rechtsmittelbefugnis
6.3	Beschwer
6.4	Teilanfechtung
6.5	Rechtsmittelverzicht
6.6	Rechtsmittelrücknahme
6.7	Verfristung
6.8	Abhilfemöglichkeit

7	Berufung
7.1	Statthaftigkeit
7.2	Form
7.3	Frist
7.4	Begründung
7.5	Zuständigkeit
7.6	Verfahrensgang
7.7	Verwerfungsmöglichkeit

8	Beschwerde
8.1	Statthaftigkeit
8.2	Form
8.3	Frist
8.4	Abhilfe
8.5	Weitere Beschwerde

9	Wesen der Revision
9.1	Allgemeines
9.2	Prüfungsschema für die Revisionsklausur

10	Zulässigkeit der Revision
10.1	Statthaftigkeit
10.2	Rechtsmittelbefugnis
10.3	Beschwer
10.4	Adressat und Form der Revisionseinlegung
10.3	Frist zur Revisionseinlegung
10.4	Revisionsbegründung
10.5	Exkurs: Wiedereinsetzung

11	Begründetheit der Revision
11.1	Allgemeines
11.2	Verfahrenshindernisse bzw. fehlende Prozessvoraussetzungen
11.3	Absolute Revisionsgründe
11.4	Verfahrensfehler als relative Revisionsgründe
11.5	Beweiskraft des Protokolls und unzulässige Protokollrüge
11.6	Materiell-rechtliche Fehler
11.6.1	Verstoß gegen das StGB/Nebengesetze
11.6.2	Fehler bei der Beweiswürdigung
11.6.3	Verstoß gegen den Grundsatz „in dubio pro reo“
11.7	Entscheidungsmöglichkeiten des Revisionsgerichts
11.8	Gestaltung des Revisionsantrages
11.9	Gestaltung der Revisionsbegründung

Strafrecht Rechtsfolgen der Straftat Lehrveranstaltungsstunden: 10

1	Strafen und Maßregeln
1.1	Hauptstrafen
1.1.1	Freiheitsstrafe
1.1.2	Geldstrafe
1.1.3	Betäubungsmittelabhängige Straftäter
1.1.4	Strafaussetzung zur Bewährung
1.2	Nebenstrafen
1.2.1	Vermögensstrafe
1.2.2	Fahrverbot
1.2.3	Verfall und Einziehung
1.2.4	Verlust von Amtsfähigkeit, Wählbarkeit und des Stimmrechts
1.3	Maßregeln der Besserung und Sicherung
1.3.1	Freiheitsentziehende Maßregeln
1.3.1.1	Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus
1.3.1.2	Unterbringung in einer Entziehungsanstalt
1.3.1.3	Sicherungsverwahrung
1.3.2	Maßregeln ohne Freiheitsentziehung
1.3.2.1	Führungsaufsicht
1.3.2.2	Entziehung der Fahrerlaubnis
1.3.2.3	Berufsverbot
1.4	Rechtsfolgen nach Jugendstrafrecht
1.4.1	Erziehungsmaßregeln
1.4.2	Zuchtmittel
1.4.3	Jugendstrafe
1.4.4	Nebenstrafen und -folgen
1.4.5	Maßregeln der Besserung und Sicherung
1.4.6	Hinweis auf JMBek zur Entlastung des Jugendrichters bei Vollstreckungsgeschäften

2	Gesamtstrafenbildung
2.1	Grundsätze
2.2	Nachträgliche Gesamtstrafenbildung

3	Bundeszentralregister (Einblick)
----------	---

Strafvollstreckungsrecht Lehrveranstaltungsstunden: 38

1	Einführung in die Strafvollstreckung
1.1	Vollstreckungsbehörden und Zuständigkeit
1.1.1	Sachliche Zuständigkeit
1.1.2	Örtliche Zuständigkeit
1.1.3	Funktionelle Zuständigkeit
1.2	Einwendungen gegen Maßnahmen des Rechtspflegers

2	Vollstreckungsvoraussetzungen und -hindernisse
2.1	Vollstreckungsfähige Entscheidungen
2.2	Rechtskräftiges Urteil
2.3	Rechtskraftbescheinigung
2.4	Weitere urkundliche Grundlagen
2.5	Vollstreckungsheft
2.6	Vollstreckungshindernisse
2.6.1	Vollstreckungsverjährung
2.6.2	Vollstreckungseinstellung
2.6.3	Strafausstand
2.6.3.1	Strafaufschub
2.6.3.2	Strafunterbrechung
2.6.3.3	Absehen von Vollstreckung bei Auslieferung
2.6.3.4	Zurückstellung der Vollstreckung nach § 35 BtMG
2.6.4	Amnestie
2.6.5	Gnadenerweis
2.6.6	Immunität
2.6.7	Spezialität
2.6.8	Strafaussetzung zur Bewährung

3	Vollstreckung einer Freiheitsstrafe
3.1	Aufnahmeersuchen
3.2	Vorgehen gegen in Freiheit befindliche Verurteilte
3.2.1	Ladung zum Strafantritt
3.2.2	Weiterer Verfahrensablauf
3.2.2.1	Freiwilliges Stellen
3.2.2.2	Nichtstellen trotz Ladung
3.2.2.3	Flüchtigkeit
3.3	Nicht in Freiheit befindlicher Verurteilter
3.3.1	Untersuchungshaft des Verurteilten
3.3.2	Behördliche Verwahrung des Verurteilten

3.3.3	Untersuchungshaft in anderer Sache
3.3.4	Strafhaft in anderer Sache
3.4	Vollstreckungsreihenfolge mehrerer Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen

4	Zurückstellung der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe nach BtMG
4.1	Voraussetzungen
4.2	Zurückstellungsverfahren
4.3	Rechtsbehelfe

5	Strafzeitberechnung
5.1	Allgemeine Regeln
5.2	Strafbeginn
5.3	Anrechnung
5.4	Strafrest nach Unterbrechung
5.5	Gesamtstrafenvollstreckung
5.6	Strafrestausssetzung zur Bewährung
5.6.1	Berechnung
5.6.2	Unterbrechungsmodell
5.7	Therapieanrechnung bei Zurückstellung nach BtMG
5.7.1	Grundsätze
5.7.2	Berechnungsmethoden

6	Vollstreckung des Fahrverbots
6.1	Verwahrung des Führerscheins
6.2	Vollstreckung
6.3	Berechnung der Verbotsfrist

7	Vollstreckung von Maßregeln der Besserung und Sicherung
7.1	Führungsaufsicht
7.2	Berechnung der Sperrfrist beim Entzug der Fahrerlaubnis
7.3	Vollstreckung freiheitsentziehender Maßregeln
7.4	Problem der sog. Organisationshaft

8	Vollstreckung einer Geldstrafe
8.1	Einforderung und Beitreibung
8.1.1	Allgemeine Voraussetzungen
8.1.2	Ablauf
8.1.3	Beitreibungsmaßnahmen
8.2	Zahlungserleichterungen

8.3	Ersatzfreiheitsstrafe
8.4	Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe
9	Vorstellung der Tätigkeit als Vollzugsinspektor und Alltag in der JVA

Vermögensabschöpfung Lehrveranstaltungsstunden: 15	
1	Begriff und Ziele der Vermögensabschöpfung
2	Allgemeiner Ablauf der Vermögensabschöpfung
3	Fälle der Vermögensabschöpfung und Abgrenzung
3.1	Einziehung von Taterträgen
3.2	Einziehung von Wertersatz
3.3	Erweiterte und selbstständige Einziehung
3.4	Altfälle des Verfalls
4	Vorgehensweise und Zuständigkeiten zur Sicherstellung im Ermittlungsverfahren
5	Beschlagnahme
5.1	Bewegliche Gegenstände
5.2	Immobilien
5.3	Forderungen
6	Vollziehung des Vermögensarrests
6.1	Bewegliche Gegenstände
6.2	Immobilien
6.3	Forderungen
7	Rechtsmittel gegen die Anordnung und Vollziehung der Beschlagnahme und des Arrests
8	Notveräußerung
9	Aufhebung von Beschlagnahme und Arrestvollziehung
10	Entschädigungsverfahren
10.1	Herausgabe
10.2	Rückübertragung
10.3	Erlösverteilung
11	Insolvenzantrag durch die Staatsanwaltschaft
12	Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf die Vermögensabschöpfung

Europarecht

Europarecht Lehrveranstaltungsstunden: 9

1	Wesen und Entwicklung der EU
1.1	Rechnatur
1.2	Aufbau
1.3	Organe
1.4	Verhältnis zu den Mitgliedsstaaten
1.5	Übertragung von Hoheitsrechten
1.6	EU-Gesetzgebungsverfahren

2	Einwirkungen des Unionsrechts
2.1	Rechtsquellen des Unionsrechts (Verordnung, Richtlinie, Beschlüsse)
2.2	Zuständigkeit der Union
2.3	Anwendungsvorrang unmittelbar geltenden Unionsrechts
2.4	„Effet utile“ bei Richtlinien
2.5	Rechtsschutz
2.6	Praktische Anwendungsbeispiele aus der Rechtsprechung
2.7	Europarechtliche Pflichten des Beamten

Staats- und Verfassungsrecht

Staats- und Verfassungsrecht Staatsorganisationsrecht Lehrveranstaltungsstunden: 14

1	Grundzüge der allgemeinen Staatslehre
1.1	Begriff und wesentliche Merkmale des Staates
1.2	Staat und Gesellschaft
1.3	Staatsaufgaben

2	Organisationsteil des Grundgesetzes
2.1	Der Bundestag
2.1.1	Wahl
2.1.2	Aufgaben und Funktionen
2.1.3	Beschlussfassung und Mehrheiten
2.1.4	Fraktionen
2.1.5	Ausschüsse
2.1.6	Rechtsstellung der Bundestagsabgeordneten
2.1.7	Ende des gewählten Bundestages
2.2	Der Bundesrat
2.2.1	Wesen und Aufgaben
2.2.2	Zusammensetzung und Geschäftsgang
2.3	Bundespräsident und Bundesversammlung
2.3.1	Stellung des Bundespräsidenten
2.3.2	Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung
2.3.3	Wichtige Befugnisse des Bundespräsidenten
2.4	Die Bundesregierung
2.4.1	Wesen, Aufgaben und Stellung
2.4.2	Bildung und Abberufung der Regierung
2.4.3	Organisation und Geschäftsgang
2.5	Das Bundesverfassungsgericht
2.5.1	Wesen und Bildung (Richterwahl)
2.5.2	Wichtige Verfahrensarten
2.5.3	Wirkungen der Entscheidungen

3	Die bayrischen Verfassungsorgane
3.1	Der Landtag
3.2	Staatsregierung

3.3	Verfassungsgerichtshof
4	Die politischen Parteien – Wesen, Aufgaben und Organisation
5	Die Gesetzgebung
5.1	Gesetzgebung des Bundes
5.1.1	Gesetzgebungskompetenz
5.1.2	Gesetzgebungsverfahren
5.2	Gesetzgebung in Bayern

Staats- und Verfassungsrecht Grundrechte Lehrveranstaltungsstunden: 20

1	Einführung und Geschichte des Grundgesetzes
2	Grundbegriffe
2.1	Überblick
2.2	Funktionen der Grundrechte
2.3	Grundrechtsfähigkeit und Grundrechtsmündigkeit
2.4	Grundrechtsbindung
3	Rechtsschutz bei Grundrechtsverletzungen
3.1	Verfassungsbeschwerde nach Bundesrecht
3.2	Übersicht über die bayrischen Verfassungsrechtsbehelfe
4	Freiheitsrechte
4.1	Prüfungsformel für die Grundrechtsverletzung
4.2	Menschenwürde gemäß Art. 1 Abs. 1 GG
4.3	Allgemeines Persönlichkeitsrecht gemäß Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 GG
4.4	Allgemeine Handlungsfreiheit gemäß Art. 2 Abs. 1 GG
4.5	Schutz des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit und der Freiheit der Person gemäß Art. 2 Abs. 2, Art. 104 GG
4.6	Glaubens und Gewissensfreiheit nach Art. 4 GG
4.7	Kommunikationsgrundrechte des Art. 5 Abs. 1 GG
4.8	Hinweis auf Schutz von Ehe und Familie nach Art. 6 GG
4.9	Hinweis auf Vereinigungsfreiheit nach Art. 9 Abs. 1 GG
4.10	Berufsfreiheit nach Art. 12 GG
4.11	Eigentumsschutz gemäß Art. 14 GG
5	Gleichheitsrechte
5.1	Allgemeiner Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG
5.2	Besondere Gleichheitssätze

Verwaltungsrecht

Verwaltungsrecht Lehrveranstaltungsstunden: 22

1	Öffentliche Verwaltung
1.1	Begriff
1.2	Träger und grundlegende Organisationsformen
1.2.1	Unmittelbare Staatsverwaltung
1.2.2	Mittelbare Staatsverwaltung
1.3	Handlungsformen der Verwaltung
1.4	Arten des Verwaltungshandelns
1.4.1	Eingriffsverwaltung
1.4.2	Fiskalisches Handeln
1.4.3	Leistungsverwaltung

2	Rechtsgrundlagen
2.1	Einordnung des Verwaltungsrechts
2.2	Privatrecht – Öffentliches Recht
2.3	Rechtsnormen und Normenhierarchie

3	Grundsätze des Verwaltungshandelns
3.1	Gesetzmäßigkeit
3.1.1	Rechtsstaatsprinzip (Art. 19 IV, 20 III, 28 I GG)
3.1.2	Vorrang des Gesetzes
3.1.3	Vorbehalt des Gesetzes
3.2	Unbestimmter Rechtsbegriff
3.3	Ermessen
3.4	Verhältnismäßigkeit

4	Verwaltungsverfahren im Überblick
4.1	Begriff
4.2	Handelnde
4.2.1	Zuständige Behörde
4.2.2	Beteiligte
4.3	Gang des Verfahrens
4.4	Fristen und Termine

5	Verwaltungsakt
5.1	Begriff
5.2	Funktionen
5.3	Merkmale
5.4	Form
5.5	Bestimmtheit
5.6	Begründung
5.7	Wirksamwerden und Bekanntgabe
5.8	Verwaltungsvollstreckung (Hinweis)

6	Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt
6.1	Bedeutung
6.2	Rechtmäßigkeit
6.3	Arten
6.4	Abgrenzung

7	Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts
7.1	Ermächtigungsgrundlage
7.2	Formelle Rechtmäßigkeit
7.3	Materielle Rechtmäßigkeit
7.4	Rechtsmängel und Folgen

8	Aufhebung von Verwaltungsakten
8.1	Arten der Aufhebung
8.2	Rücknahme und Widerruf

9	Widerspruch gegen Verwaltungsakte
9.1	Wesen
9.2	Zulässigkeit
9.3	Begründetheit
9.4	Ablauf des Verfahrens
9.5	Aufschiebende Wirkung

10	Verwaltungsgerichtliche Klagearten und vorläufiger Rechtsschutz
10.1	Bedeutung
10.2	Anfechtungsklage
10.4.1	Zulässigkeit
10.4.2	Begründetheit
10.5	Verpflichtungsklage
10.5.1	Zulässigkeit
10.5.2	Begründetheit

10.6	Allgemeine Leistungsklage (Hinweis)
10.7	Feststellungsklage (Hinweis)
10.8	Vorläufiger Rechtsschutz
10.8.1	Herstellen der aufschiebenden Wirkung
10.8.2	Einstweilige Anordnung

11	Sonderfall Justizverwaltung
11.1	Begriff und Bedeutung
11.2	Geltungsbereich
11.3	Verfahren (Besonderheiten)

Beamtenrecht

Verwaltungsrecht Lehrveranstaltungsstunden: 14

1	Grundbegriffe des Beamtenrechts
1.1	Amt
1.2	Beamte
1.3	Dienstherr und seine Organe
1.4	Ernennung
1.5	Laufbahn
1.6	Probezeit
1.7	Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
1.8	Beurteilung
1.9	Versetzung, Abordnung, Umsetzung

2	Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums
2.1	Bedeutung
2.2	Begriff und Gegenstand
2.3	Abgrenzung

3	Rechtsquellen
3.1	Föderalismusreform
3.2	Bund (BeamtStG)
3.3	Länder
3.3.1	Verfassung des Freistaats Bayern
3.3.2	Bayrisches Beamtengesetz (BayBG)
3.3.3	Leistungslaufbahngesetz
3.3.4	Wichtige Rechtsverordnungen (Beispiele)
3.3.5	Wichtige Verwaltungsvorschriften (Beispiele)

4	Pflichten des Beamten
4.1	Staatspolitische Pflichten
4.1.1	Grundrechtsbeschränkungen
4.1.2	Öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis
4.1.3	Außerdienstliches Verhalten
4.2	Pflichten bei der Amtsausübung
4.3	Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen (Hinweis auf Disziplinarrecht)

5	Rechte des Beamten
5.1	Besoldung (Hinweise)
5.2	Versorgung (Hinweise)
5.3	Nicht Vermögenswerte Rechte
5.3.1	Fürsorge und Schutz
5.3.2	Arbeitszeit
5.3.3	Teilzeitbeschäftigung
5.3.4	Urlaub
5.3.5	Amtsbezeichnung, Dienstbezeichnung
5.3.6	Personalakten
5.3.7	Nebentätigkeit
5.3.8	Hinweis auf Personalvertretung

6	Beendigung des Beamtenverhältnisses
6.1	Kraft Gesetzes oder durch Verwaltungsakt
6.2	Hinweis auf Ruhestand
6.3	Rechtsfolgen

7	Rechtsbehelfe im Beamtenrecht
7.1	Überblick
7.2	Außergerichtliche Rechtsbehelfe
7.3	Gerichtliche Rechtsbehelfe (Besonderheit: Konkurrentenklage)

Schlüsselkompetenzen

Die Lehrveranstaltungen im Bereich der Schlüsselkompetenzen mit den jeweils vorgesehenen Lehrveranstaltungsstunden sind aus der nachfolgenden Übersicht ersichtlich:

Rhetorik/Präsentation	12 LVS
Einführung Schlüsselkompetenzen	3 LVS
Kommunikation	9 LVS
Konfliktgrundlagen	6 LVS
Teamfähigkeit	6 LVS
Zeitmanagement	6 LVS

In der Seminarwoche werden behandelt:

Justizmanagement	7 LVS
Mobbing/Sexuelle Belästigung	7 LVS
Führung/Motivation/Gesprächsführung	16 LVS

Die konkreten Ausbildungsinhalte ergeben sich jeweils aus nachfolgendem Stoffplan:

1	<p style="text-align: center;">Schlüsselkompetenzen Rhetorik/Präsentation Lehrveranstaltungsstunden: 12</p>
1.1	<p>Einstieg in die Thematik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beispiele als Weltgeschehen und Geschichte • Rhetorik im Berufsalltag des Rechtspflegers • Vorbereitung auf die Seminararbeit • Feedbackregeln
1.2	<p>Inhalt und Aufbau der Rede</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zielgruppenanalyse • Sprache und Wortwahl (Verständlichkeit, Fremdwörter, Dialekt, Sprachmarotten) • Aufbau eines Vortrags (Einführung, Hauptteil, Schluss)
1.3	<p>Präsentation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Elemente der Rhetorik • Präsentationstechniken • Medieneinsatz
1.4	<p>Person des Vortragenden</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorstellung • Erster Eindruck • Körpersprache • Stimmführung • Umgang mit Nervosität • Blackout

2	Schlüsselkompetenzen Einführung Lehrveranstaltungsstunden: 3
2.1	Einstieg in die Thematik <ul style="list-style-type: none">• Vorstellung des Konzepts• Erlebnisse und Erfahrungen im Fachpraktikum (Praxisausbilder, Mitarbeiter, Führungskraft, Parteien, Raumsituation)
2.2	Schlüsselkompetenzen in der Beurteilung

3	Schlüsselkompetenzen Kommunikation Lehrveranstaltungsstunden: 9
3.1	Einflussfaktoren auf die Kommunikation <ul style="list-style-type: none"> • äußere Faktoren (Hierarchie, Fachgebiet) • Störfaktoren (Wissensdefizit, Konkurrenz)
3.2	Erster Eindruck <ul style="list-style-type: none"> • Beispiel/Definition/Hintergründe • Effekte
3.3	Selbstbild/Fremdbild <ul style="list-style-type: none"> • Einfluss auf die Kommunikation • Johari-Fenster
3.4	Kommunikationsmodelle <ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung ausgewählter Kommunikationsmodelle - Vier Seiten einer Nachricht (F. von Thun) - Bedürfnispyramide (A. Maslow) - Axiome nach P. Watzlawick (v.a. 1. Axiom: „Man kann nicht nicht kommunizieren“) - Eisberg-Modell • Optionale Vermittlung weiterer Modelle - Gewaltfreie Kommunikation (M. Rosenberg) - Transaktionsanalyse (E. Berne)
3.5	Feedback <ul style="list-style-type: none"> • Feedback geben (Aktives Zuhören, Ich- und Du-Botschaft, wichtige Komponenten) • Feedback annehmen

3.6	Nonverbale Kommunikation <ul style="list-style-type: none">• Komponenten• Bedeutung
3.7	Erfolgreich telefonieren <ul style="list-style-type: none">• Grundlagen eines Telefonats• Telefonnotiz• schwierige Telefonate
3.8	Schriftliche Kommunikation, insbesondere E-Mail

4	<p style="text-align: center;">Schlüsselkompetenzen Konfliktgrundlagen Lehrveranstaltungsstunden: 6</p>
4.1	<p>Grundlagen der Konfliktfähigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Definition • Merkmale eines Konflikts
4.2	<p>Konfliktarten/Konfliktformen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialer Konflikt • Innerer/Äußerer Konflikt • Struktureller Konflikt • Verteilungskonflikt • Zielkonflikt • Beurteilungskonflikt • Beziehungskonflikt • Rollenkonflikt
4.3	Chancen und Risiken von Konflikten
4.4	Eskalationsstufen nach Glasl
4.5	<p>Konfliktbewältigungsstrategien und deren Umsetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konflikte ansprechen • Perspektivenwechsel • Umgang mit Kritik • Vor- und Nachteile von Konfliktstilen (Durchsetzen, Vermeiden, Nachgeben, gemeinsame Lösung) • Konfliktprävention
4.6	<p>Spezielle Konfliktsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • schwierige Verfahrensbeteiligte • Kollegen, Vorgesetzte etc.
4.7	Information über Beratungsstellen in der Justiz

5.	<p style="text-align: center;">Schlüsselkompetenzen Teamfähigkeit Lehrveranstaltungsstunden: 6</p>
5.1	<p>Grundlagen des Teams/Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begriffsdefinition • Merkmale eines Teams/einer Gruppe • Teamorientierte Zusammenarbeit in der Justiz, § 4 GeschStV • Teamzusammensetzung in Bezug auf die Teamziele (Ergänzende Fähigkeiten, Richtige Teamgröße, Kompatible Persönlichkeiten) • Teamrollen (Aufgabenrollen, Zerstörerische Rollen, Sozioemotionale Rollen) • Teamnormen (Beziehung, Kommunikation, Bedürfnis, Gefühl, Sanktion) • Merkmale eines effektiven Teams (Synergieeffekt) • Teamkonflikte (Erkennen von Teamkonflikten, Konfliktanalyse)
5.2	<p>Teamentwicklungsuhr (nach F. Davis und D. Young)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Phasen der Teamentwicklungsuhr (Test, Nahkampf, Organisation, Integration) • Praxisorientierte Betrachtung der Teamentwicklungsuhr (auch Homeoffice und Arbeiten aus Distanz) • Förderung von Teamleistung

5.3	Informelle und formelle Gruppe <ul style="list-style-type: none">• Definition• Maßnahmen zur Reduzierung von informellen Gruppen (Stärkung der formellen Gruppe, Führungsposition klarstellen, Akzeptanz der Führungskraft, Integration von isolierten Mitgliedern)• Maßnahmen zur Stärkung von formellen Gruppen (Rollenverteilung festlegen, Strukturierte Prozesse, Regelmäßige und wertschätzende Kommunikation, Ziele vereinbaren)
5.4	Auswirkungen von Homeoffice und Arbeiten aus Distanz auf das Team

6	Schüsselkompetenzen Zeitmanagement Lehrveranstaltungsstunden: 6
6.1	Grundlagen des Zeitmanagements <ul style="list-style-type: none"> • Definition: Selbstmanagement und Zeitmanagement • Bezug zum Arbeitsalltag und Bedeutung <ul style="list-style-type: none"> ○ Zusammenhang zwischen Zeitmanagement, Arbeitsleistung, Stress ○ Selbstorganisation und Selbstdisziplin: Planung, Aufbau von produktiven Gewohnheiten, Umgang mit Ablenkungen
6.2	Herausforderungen im Zeitmanagement <ul style="list-style-type: none"> • Herausforderung „Zeitfresser“ während der Prüfungsvorbereitung und im beruflichen Alltag <ul style="list-style-type: none"> ○ Benennung von Zeitfressern: Aufschieben von Aufgaben, Überforderung durch parallele Aufgabenbearbeitung, Perfektionismus, fehlende Zielklarheit etc. ○ Reflexion von Zeitfressern im eigenen Umfeld ○ Grundsätzliches zur Organisation von Aufgaben und Lerninhalten
6.3	Methoden zur Zeitplanung <ul style="list-style-type: none"> • Zielsetzung, Priorisierung, Planung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Theoretische Grundlagen ○ Vorstellung einer Auswahl an erprobten und untersuchten Zeitmanagementmethoden in Hinblick auf Prüfungsvorbereitung und Organisation des beruflichen Alltags (z.B. SMART-Formel, Eisenhower-Prinzip, ALPEN-Methode, ABC-Analyse, Pareto-Prinzip, Pomodoro-Technik, Getting things done, Eat the frog, Batching, Timeboxing, Not-to-do-Liste, 60-60-30-Methode)

	<ul style="list-style-type: none">• Planungstechniken und Instrumente<ul style="list-style-type: none">○ Analoge Hilfsmittel: Tischkalender, Wandkalender, Visualisierungen über Whiteboards, Listen, Fokus-Timer○ Digitale Hilfsmittel: Aufgabenverwaltung in Outlook und eIP, Kalenderfunktion in Outlook○ Strategien zur Zeitplanung: Praktisches zum Umgang mit E-Mails, Akten, E-Mail-Eingang
6.4	Stressprävention, Work-Life-Balance <ul style="list-style-type: none">• Erläuterung der Begrifflichkeiten• Bedeutung und Planung von Pausen und Erholung• Nutzung der „inneren Uhr“• Burnout-Prävention: Verweise auf Beratungsangebote<ul style="list-style-type: none">○ Fortbildungsangebot○ Behördeninterne Angebote, behördenübergreifende Angebote

Die folgenden Lehrveranstaltungen finden während der Seminarwoche nach dem mündlichen Teil der Rechtspflegerprüfung statt:

7	Schlüsselkompetenzen Justizmanagement Lehrveranstaltungsstunden: 7
7.1	Kurze Wiederholung Organisationsstrukturen <ul style="list-style-type: none"> • Gerichtsaufbau • Aufbau Verwaltung – Dienstweg • Organisationsform der Serviceeinheit in den Geschäftsstellen
7.2	Ziele der Ablauforganisation <ul style="list-style-type: none"> • Kapazitäten optimal nutzen • Bearbeitungszeiten minimieren • Arbeitsplätze optimal gestalten
7.3	Vorstellung von Einflussmöglichkeiten auf die Ablauforganisation <ul style="list-style-type: none"> • Qualitätszirkel • Jahresgespräch • Befragungen im Rahmen von Geschäftsprüfungen • Innovationsrichtlinie
7.4	Qualitätsmanagement <ul style="list-style-type: none"> • Definition • Kundenbegriff (einschl. Kundenerwartungen) • Vorstellung Leitbild • EDV (Schaffung JusIT, Ticketsystem, EDV-Ausstattung, eAkte)
7.5	Schwierige Verfahrensbeteiligte <ul style="list-style-type: none"> • Wer kann das sein? • Rechte der Justizbediensteten • Umgang mit Dienstaufsichtsbeschwerden

7.6	Change-Management <ul style="list-style-type: none">• Definition• Notwendigkeit• Ablauf von Veränderungsprozessen• Arten von Widerstand und Umgang damit
7.7	PEBBŠY <ul style="list-style-type: none">• Wesen und Ziel von PEBBŠY<ul style="list-style-type: none">○ Ziele der Personalbedarfsberechnung○ Personalbedarfsberechnung und Personalverwendung• Methodik und Berechnung<ul style="list-style-type: none">○ Methodische Grundlagen der Personalbedarfsberechnung nach PEBBŠY○ Darstellung der Personalberechnung nach PEBBŠY• Kritik an PEBBŠY<ul style="list-style-type: none">○ Personalbedarf, Personalverfügbarkeit und Personalverteilung○ Berücksichtigung von persönlichen Merkmalen (Arbeitsgeschwindigkeit, Einschränkungen, Erfahrung etc.) bei der Geschäftsverteilung

8.	<p style="text-align: center;">Schlüsselkompetenzen Mobbing/Sexuelle Belästigung Lehrveranstaltungsstunden: 7</p>
8.1	<p>Mobbing</p> <ul style="list-style-type: none"> • Definition des Begriffs • Ziele von Mobbing • Ursachen von Mobbing • Verlauf/Phasen eines Mobbingprozesses • Mobbinghandlungen • Folgen von Mobbing • Umgang mit Mobbing • Präventionsmöglichkeiten • Bewältigungsstrategien • Vermeidung von Mobbing als „Neuling“ (Die ersten 100 Tage)
8.2	<p>Sexuelle Belästigung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Definition, § 3 AGG • Klärung des Begriffs • Rechtliche Grundlagen • Formen sexueller Belästigung • Abgrenzung zu sexuellem Missbrauch • Sexuelle Belästigung als Sonderform von Mobbing • Prävention • Vorstellung Leitfaden der Antidiskriminierungsstelle des Bundes • AGG – Beratungsstellen bei den Oberlandesgerichten

9.	<p style="text-align: center;">Schlüsselkompetenzen Führung/Motivation/Gesprächsführung Lehrveranstaltungsstunden: 16</p>
9.1	<p>Führung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Definition von Führung <ul style="list-style-type: none"> ○ Personalführung und Personalmanagement • Anforderungen an Vorgesetzte und Vorbildfunktion <ul style="list-style-type: none"> ○ Rechtliche Grundlagen: § 2, 3 GeschStVO, Aufgabekatalog FK, AnfoRiStABek, Spitzenstellenkonzept und Stellenausschreibungen ○ Anforderungen, Bedürfnisse und Wünsche an Führungskräfte mit Praxisreflexion • Führungsstile: Eigenschafts-/Verhaltens-/Situations- und Systemansätze • Führung aus der Distanz durch die Führungskraft („Distance Leading“)
9.2	<p>Motivation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Definition und Einflussfaktoren <ul style="list-style-type: none"> ○ Konkretisierung des Motivationsbegriffs ○ Reflexion von Motivatoren und Demotivatoren im beruflichen Kontext • Selbstmotivation <ul style="list-style-type: none"> ○ Sammlung, Bewertung und Reflexion von Motivationsbarrieren ○ Methoden zur Selbstmotivation • Fremdmotivation: Motivation als Führungsaufgabe
9.3	<p>Gesprächsführung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Definition und Anwendungsbereich <ul style="list-style-type: none"> ○ Gesprächsführung als bewusste, zielgerichtete Kommunikation ○ Gesprächssituationen im Justizalltag – intern und extern

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Reflexion der bisherigen Erfahrungen und geführten Gespräche ● Optimaler Gesprächsablauf <ul style="list-style-type: none"> ○ Anfangsphase/Gesprächseröffnung ○ Hauptphase/Gesprächsleitung ○ Schlussphase/Gesprächsbeendigung ○ Einfluss der Raumsituation auf die Gesprächsatmosphäre und Raumnutzung ● Gesprächsarten innerhalb der Justiz: Sinn und Zweck, Vorbereitung, Inhalte und Übung <ul style="list-style-type: none"> ○ Verpflichtend zu vermittelnde Gesprächsarten: Jahresgespräch, Beurteilungs(vor)gespräch ○ Optional zu vermittelnde Gesprächsarten: Feedback-, Kritik-, Rückkehrer-, BEM-Gespräche ○ Regelkommunikation innerhalb von Gruppen ● Virtuelle Gesprächsführung für Mitarbeitende <ul style="list-style-type: none"> ○ Besprechung kommunikativer Herausforderungen in virtuellen und hybriden Arbeitssettings ○ Neue Arbeitssituationen und New Work
<p>9.4</p>	<p>Interkulturelle Handlungskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Begriffsklärung „Kultur“ ● Klärung des Zusammenhangs Persönlichkeit-Kultur-Verhalten ● Ausprägungen von Kultur und Reflexion resultierender Vorurteile ● Ausgewählte kulturelle Aspekte im justiziellen Kontext

Leistungskontrollen während der Fachstudien I und II

Fachstudium I

1	Eine Übungsklausur mit einer Dauer von 5 Zeitstunden, deren Ergebnis nicht in die Gesamtbewertung einfließt.
2	6 schriftliche Klausuren im Umfang von je 5 Zeitstunden, verteilt auf die Dauer des Fachstudiums I.
3	6 schriftliche Klausuren mit einer Dauer von je 5 Zeitstunden in einem Block unmittelbar vor Abschluss des Fachstudiums I.
4	Eine mündliche Prüfung im Umfang von ca. zwanzig Minuten pro Prüfungsteilnehmer

Fachstudium II

1	6 schriftliche Klausuren im Umfang von je 5 Zeitstunden, verteilt auf die Dauer des Fachstudiums II.
2	6 schriftliche Klausuren mit einer Dauer von je 5 Zeitstunden in einem Block unmittelbar vor Abschluss des Fachstudiums II.
3	Eine mündliche Prüfung im Umfang von ca. zwanzig Minuten pro Prüfungsteilnehmer
4	Eine schriftliche Gruppenseminararbeit und ein individueller mündlicher Vortrag über das Seminarthema

Die schriftlichen Klausuren im Fachstudium I und II können nach rechtzeitiger vorheriger Ankündigung entweder handschriftlich oder elektronisch durchgeführt werden. Die Entscheidung über die Art der Durchführung und Ausnahmen im Einzelfall trifft die Fachbereichsleitung.

Anlagen

Anlage 1

Ausbildung der Rechtspflegeranwärter im berufspraktischen Studienabschnitt „Praktische Einführung“

**JMS vom 2. Dezember 2009, Gz. 2321-PA-614/99,
geändert durch JMS vom 3. August 2022, Gz. G3 - 2323 - IX - 8473/2018,
Inkrafttreten 1. September 2022**

I. Zielvorgabe

Der Studienabschnitt „Praktische Einführung“ dauert ca. 1 Woche (mindestens vier, maximal sechs Arbeitstage).

Die Anwärter sollen hierbei die Tätigkeit des Rechtspflegers am Arbeitsplatz miterleben und vom Ausbilder Kurzinformationen über seine Aufgaben bekommen.

II. Ausbildungsstationen

In folgende Abteilungen soll soweit möglich eine Zuteilung erfolgen:

- Abteilung für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten einschließlich Rechtsantragsstelle
- Familiengericht
- Betreuungsgericht
- Nachlassgericht
- Grundbuchamt

III. Begleitunterricht

Die Anwärter erhalten während des Einführungspraktikums eine Information zum Ausbildungsablauf, zum Berufsbild des Rechtspflegers und zu ihrer beamtenrechtlichen Stellung. Ihnen ist auch der Aufbau der Gerichtsorganisation zu erläutern sowie ein Überblick über die verschiedenen Zweige der Gerichtsbarkeit zu geben.

Gesamtstundenzahl: 9

Anlage 2

Ausbildung der Rechtspflegeranwärter im berufspraktischen Studienabschnitt „Fachpraktikum I“

**JMS vom 2. Dezember 2009, Gz. 2321-PA-614/99,
geändert durch JMS vom 3. August 2022, Gz. G3 - 2323 - IX - 8473/2018,
zuletzt geändert durch JMS vom 11. Dezember 2025, Gz. G3 – 8644/2019
Inkrafttreten 1. Januar 2026**

I. Zielvorgabe

Der Studienabschnitt „Fachpraktikum I“ dauert 6 1/2 Monate.

Die Anwärterinnen und Anwärter sollen unter Anwendung der im ersten fachtheoretischen Studienabschnitt (Fachstudium I) erworbenen Kenntnisse die Fähigkeit und die Sicherheit zur praktischen Berufsausübung entwickeln.

II. Ausbildung am Arbeitsplatz1. Ausbildungsstationen

- | | |
|---|--------------|
| - Grundbuchamt | 2 Monate |
| - Betreuungsgericht | 1 Monat |
| - Nachlassgericht | 1 1/2 Monate |
| - Familiengericht | 1 Monat |
| - Abteilung für bürgerliche
Rechtsstreitigkeiten bei
einem Amtsgericht (und
Rechtsantragsstelle) | 1 Monat |

Die Anwärterinnen und Anwärter der bayerischen Arbeitsgerichtsbarkeit, die ihr Fachstudium im Wege der Gastausbildung bei der bayerischen Justiz absolvieren, werden während der Ausbildungsstation für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten bei einem Amtsgericht (und Rechtsantragsstelle) für zwei Wochen einem Arbeitsgericht zugewiesen.

2. Ausbildungsgegenstände

Hierzu wird auf die Tätigkeitskataloge zu den jeweiligen Ausbildungsstationen Bezug genommen. Die Ausbildung in den einzelnen Stationen hat auch den Geschäftsablauf (Aufgaben der Serviceeinheit) sowie die Kostenbehandlung zu umfassen. Die Anwärter sollen selbständig geeignete Termine unter eventueller Anleitung durchführen. Die verfügbare EDV-Ausstattung ist einzusetzen.

3. Ableistung bei einem ausländischen Gericht

Auf der Grundlage einer Auswahlentscheidung können zwei Monate des Fachpraktikums I bei einem Zivilgericht in der Europäischen Union abgeleistet werden. Im Einzelfall kann hier die Zahl der im Fachpraktikum gem. III.2. abzuleistenden Klausuren auf zwei reduziert werden.

III. Begleitunterricht

Dieser soll dazu beitragen, die theoretischen Kenntnisse in die praktische Anwendung umzusetzen, und vor allem die Ausbildung am Arbeitsplatz ergänzen. Der Begleitunterricht soll bereits erlerntes Wissen vertiefen und über bedeutsame Gesetzesänderungen während der praktischen Ausbildung informieren.

<u>1. Unterrichtsinhalte</u>	Anzahl der Stunden
Es sollen Verfahrensabläufe dargestellt und Anträge sowie Entscheidungen formuliert werden. Die Gesetzesanwendung ist anhand praktischer Fälle einzuüben.	
1.1 Kostenrecht (Erstunterricht) GNotKG Allgemeiner Teil	6
1.2 Grundbuchrecht einschließlich Kosten (Erstunterricht)	45
1.3 Nachlassrecht einschließlich Kosten (Erstunterricht)	27
1.4 Betreuungsrecht einschließlich Kosten (Erstunterricht)	21
1.5 Familienrecht einschließlich Kosten, Verfahrenskostenhilfe und vereinfachtes Unterhaltsverfahren (Erstunterricht)	18
1.6 Beratungshilfe (Erstunterricht) sowie Prozesskostenhilfe, Kostenfestsetzung und Anträge in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten	15

Gesamtstunden: 132

2. Klausuren

Während des Fachpraktikums sind vier schriftliche Arbeiten aus den Gebieten unter Nr. III Ziffer 1 zu fertigen. Die Aufgaben können mehrere Gebiete umfassen.

Die Arbeitszeit beträgt jeweils fünf Stunden. Die zulässigen Hilfsmittel ergeben sich aus der Bekanntmachung über die Hilfsmittel für die Rechtspflegerprüfung

Die schriftlichen Arbeiten können nach rechtzeitiger vorheriger Ankündigung entweder handschriftlich oder elektronisch durchgeführt werden. Die Entscheidung über die Art der Durchführung und Ausnahmen im Einzelfall trifft das Ausbildungsreferat des zuständigen Oberlandesgerichts im Benehmen mit den anderen Oberlandesgerichten.

Anlage 3

Ausbildung der Rechtspflegeranwärter im berufspraktischen Studienabschnitt „Fachpraktikum II“ und Vorbereitung auf die Rechtspflegerprüfung

**JMS vom 2. Dezember 2009, Gz. 2321-PA-614/99,
geändert durch JMS vom 7. Mai 2015, Gz. G2 - 2323 - IX - 11632/2014,
erneut geändert durch JMS vom 14. November 2019;
erneut geändert durch JMS vom 13. Oktober 2020, Gz. 2064 IX 8644/2019,
erneut geändert durch JMS vom 4. Juli 2024,
erneut geändert durch JMS vom 14. November 2024.
zuletzt geändert durch JMS vom 11. Dezember 2025, Gz. G3 – 8644/2019,
Inkrafttreten 1. Januar 2026**

I. Zielvorgabe

Der Studienabschnitt „Fachpraktikum II“ dauert 9 Monate.

Die Anwärterinnen und Anwärter sollen unter Anwendung der im zweiten fachtheoretischen Studienabschnitt (Fachstudium II) erworbenen Kenntnisse die Fähigkeit und die Sicherheit zur praktischen Berufsausübung entwickeln.

II. Ausbildung am Arbeitsplatz

1. Ausbildungsstationen

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - Vollstreckungsgericht <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Zwangsvollstreckung • Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungssachen • Insolvenzsachen - Registergericht - Strafvollstreckungsabteilung einer Staatsanwaltschaft - Wahlpflichtstation | <p>3 Monate</p> <p>1 Monat</p> <p>1 ½ Monate</p> <p>½ Monat</p> |
| <p>Die Anwärter besuchen unter Berücksichtigung der organisatorischen Belange der Ausbildungsbehörde und nach Abstimmung mit den zuständigen Ausbildungsverantwortlichen eine der folgenden Stationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Abteilung für Strafsachen am Amtsgericht b) eine Ausbildungsstation aus dem Fachpraktikum I | |

- Rechtspflegerprüfung (schriftlicher und mündlicher Teil samt Vorbereitung) 1 Monat
 - Abschlussstation 2 Monate
- Die praktische Ausbildung der Anwärter ist fortzusetzen. Soweit möglich sollen die Anwärter dabei entsprechend ihrer geplanten zukünftigen Verwendung eingesetzt werden.

Den Anwärterinnen und Anwärtern ist ein Überblick über die Verwaltungstätigkeit bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften durch die mit dieser Tätigkeit betrauten Personen zu vermitteln. Während der Ausbildung am Vollstreckungsgericht soll eine Zuweisung für einen Tag an einen Gerichtsvollzieher (Außendienst und Teilnahme an Terminen zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung) erfolgen. Während der Ausbildung in der Strafvollstreckungsabteilung der Staatsanwaltschaft soll eine Zuweisung für einen Tag an einen Bewährungshelfer erfolgen.

Ausbildungsgegenstände

Hierzu wird auf die Tätigkeitskataloge zu den jeweiligen Ausbildungsstationen Bezug genommen. Die Ausbildung in den einzelnen Stationen hat auch den Geschäftsablauf (Aufgaben der Serviceeinheit) sowie die Kostenbehandlung zu umfassen. Die Anwärterinnen und Anwärter sollen selbständig geeignete Termine unter eventueller Anleitung durchführen. Die verfügbare EDV-Ausstattung ist einzusetzen.

III. Begleitunterricht

Dieser soll dazu beitragen, die theoretischen Kenntnisse in die praktische Anwendung umzusetzen, und vor allem die Ausbildung am Arbeitsplatz ergänzen. Der Begleitunterricht soll bereits erlerntes Wissen vertiefen und über bedeutsame Gesetzesänderungen während der praktischen Ausbildung informieren.

1.	Unterrichtsinhalte	Anzahl der Stunden (ca.)
	Es sollen Verfahrensabläufe dargestellt und Anträge sowie Entscheidungen formuliert werden. Die Gesetzesanwendung ist anhand praktischer Fälle einzuüben.	
1.1	Allgemeines Zwangsvollstreckungsrecht	21
1.2	Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsrecht	33

1.3	Insolvenzrecht einschließlich Kosten (Erstunterricht)	27
1.4	Registerrecht einschließlich Kosten (Erstunterricht)	24
1.5	Straf- und Strafvollstreckungsrecht	15
1.6	Wiederholung und Vertiefung aus Lehrgebieten des Fachpraktikums I	12
	<u>Gesamtstunden:</u>	132

2. Klausuren

Während des Fachpraktikums sind vier schriftliche Arbeiten aus den Gebieten unter Nr. III Ziffer 1 zu fertigen. Die Aufgaben können mehrere Gebiete umfassen. Die Arbeitszeit beträgt jeweils fünf Stunden. Die zulässigen Hilfsmittel ergeben sich aus der Bekanntmachung über die Hilfsmittel für die Rechtspflegerprüfung.

Die schriftlichen Arbeiten können nach rechtzeitiger vorheriger Ankündigung entweder handschriftlich oder elektronisch durchgeführt werden. Die Entscheidung über die Art der Durchführung und Ausnahmen im Einzelfall trifft das Ausbildungsreferat des zuständigen Oberlandesgerichts im Benehmen mit den anderen Oberlandesgerichten.

IV. Vorbereitung auf die Rechtspflegerprüfung

Auf die Rechtspflegerprüfung sind die Anwärter durch einen 90 Stunden umfassenden Unterricht vorzubereiten.